

Europäische Integration und Solidarität aus der Sicht der deutschen Bevölkerung

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2016). *Europäische Integration und Solidarität aus der Sicht der deutschen Bevölkerung* (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49561-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Europäische Integration und
Solidarität aus der Sicht
der deutschen Bevölkerung**

Vertraulich!

**Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung dieser Daten, ganz oder teilweise, nur mit Genehmigung des
INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH**

INHALT

WACHSENDES UNBEHAGEN	1
FÜR EUROPÄISCHE REGELUNG VON ZUWANDERUNG, ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK	10
BREITER KONSENS: VERTIEFUNG STATT ERWEITERUNG.....	18
TROTZ ALLER PROBLEME BREITER RÜCKHALT FÜR DIE EU-MITGLIEDSCHAFT	23
WENIGER ZUFRIEDENHEIT MIT DER VERTRETUNG DEUTSCHER INTERESSEN	30

TABELLENTEIL

Tabelle

Deutschland und die Europäische Union

Beschreibungen der Europäischen Union	1
Grundhaltung zur europäischen Vereinigung	2
Vertrauen in die Europäische Union.....	3
Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung	4
Liegt der Höhepunkt der Krise in der Euro-Zone noch vor uns?	5
Hat Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft mehr Vor- oder mehr Nachteile?	6
Ist es für die Zukunft Deutschlands besser, Mitglied der EU zu sein?.....	7

Zufriedenheit mit der Vertretung von Deutschlands Interessen in der EU	8
Deutschland in der EU:	
• Einfluss	9
• Veränderung dieses Einflusses in den letzten zwei, drei Jahren	10
Ist Europa unsere Zukunft?	11

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer

Gemeinsamkeiten und Gegensätze der EU-Länder

• Was überwiegt?	12
• Welches sind die Gemeinsamkeiten/Unterschiede?	13 a-h
Einschätzung des Zusammenhalts der Mitgliedsländer in der Europäischen Union	14
Mehr Zusammenhalt in einem "Kerneuropa"?	15 a,b
Verstärkung der politischen Zusammenarbeit in Europa versus EU-Erweiterung	16
Europäische Regelung versus Länderautonomie:	
• Außen- und Sicherheitspolitik	17
• Flüchtlingskontingente	18
Asylrecht, Asylverfahren	19
• Zuwanderung, Zuzug von Ausländern	20
• Erlaubte Höhe der Schulden eines EU-Mitgliedslandes	21
• Arbeitsschutzbestimmungen	22
• Abschlüsse an Universitäten	23
• Anspruch auf Sozialleistungen	24
• Höhe von Steuern und Abgaben	25

Europäische Flüchtlingspolitik

Steht Deutschland im Umgang mit der Flüchtlingsfrage in Europa allein?	26
Verständnis für restriktive Flüchtlingspolitik anderer EU-Länder?	27
Bemühungen um eine gemeinsame Lösung der Flüchtlingssituation	28
Sanktionen gegenüber EU-Ländern mit geringer Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen?	29
Schutzmöglichkeiten der EU-Außengrenzen?	30

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogen mit Anlagen

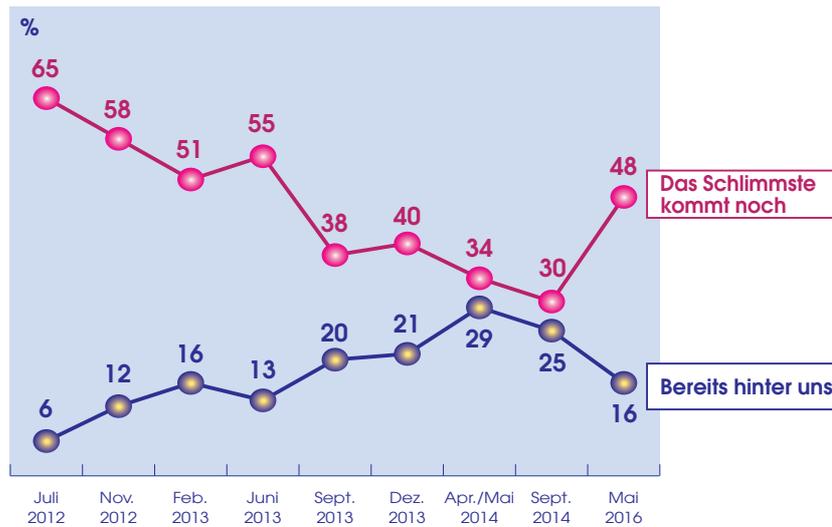
WACHSENDES UNBEHAGEN

Die Beziehung der Bürger zu Europa wird zurzeit auf eine harte Probe gestellt. Das britische Referendum, die Uneinigkeit in der Flüchtlingsfrage, die Niedrigzinspolitik der EZB, die Probleme Griechenlands, ökonomisch Fuß zu fassen, und die Aktivitäten europakritischer Parteien und Gruppierungen – all das ist dazu angetan, selbst in Deutschland Verunsicherung und Zweifel zu nähren.

Die Trendanalyse zeigt denn auch, dass zum einen die Besorgnis über den Zustand in der Euro-Zone wieder wächst und sich gleichzeitig die Kritik an der Schwerfälligkeit und unzureichenden Handlungsfähigkeit der EU verstärkt. Besonders die Situation in der Euro-Zone ist für die Bürger wieder verstärkt Anlass zur Sorge. Zwischen 2012 und Ende 2014 ging die Befürchtung, dass der schlimmste Teil der Krise in der Euro-Zone noch bevorsteht, kontinuierlich zurück. Mitte 2012 fürchteten noch zwei Drittel der Bevölkerung, dass die Krise in der Euro-Zone erneut und stärker als zuvor eskalieren wird, im September 2014 nur noch 30 Prozent. Aktuell ist jedoch wieder knapp die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Nur noch 16 Prozent sind zuversichtlich, dass die Krise in der Euro-Zone weitgehend bewältigt ist.

Wieder wachsende Besorgnis

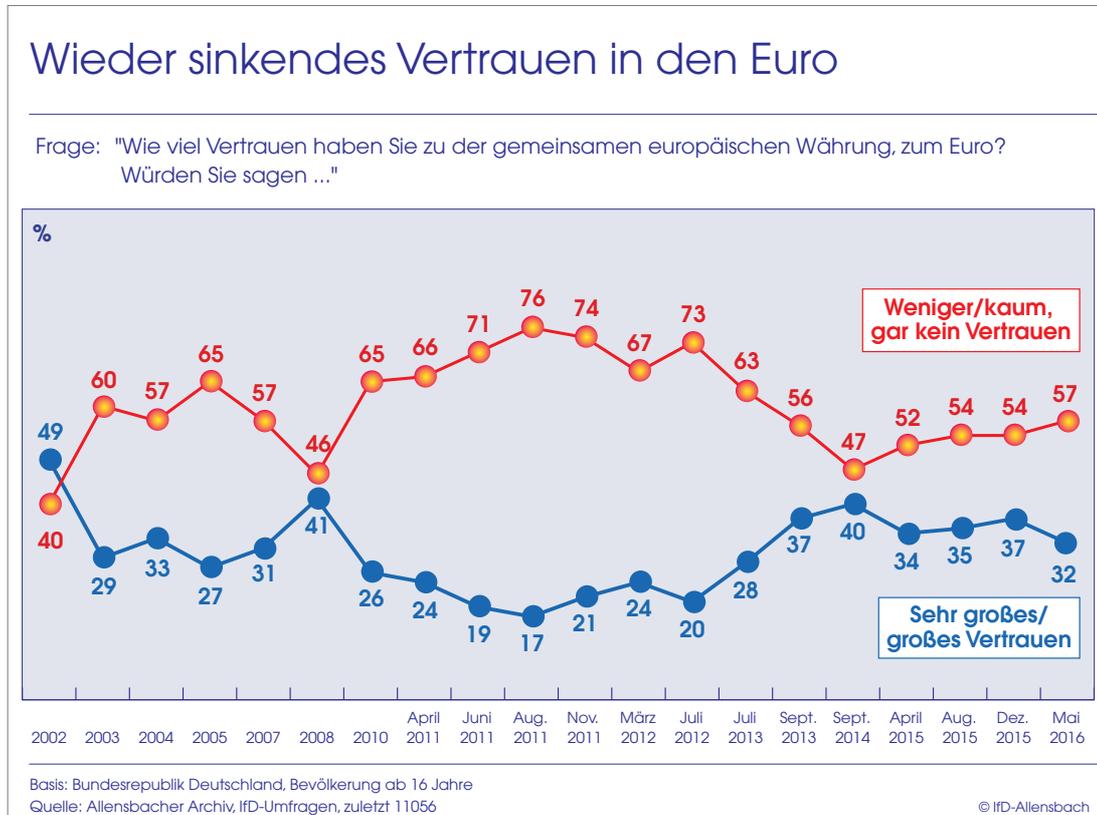
Frage: "Glauben Sie, dass wir den schlimmsten Teil der Krise der Euro-Zone bereits hinter uns haben, oder glauben Sie, dass das Schlimmste noch kommt?"



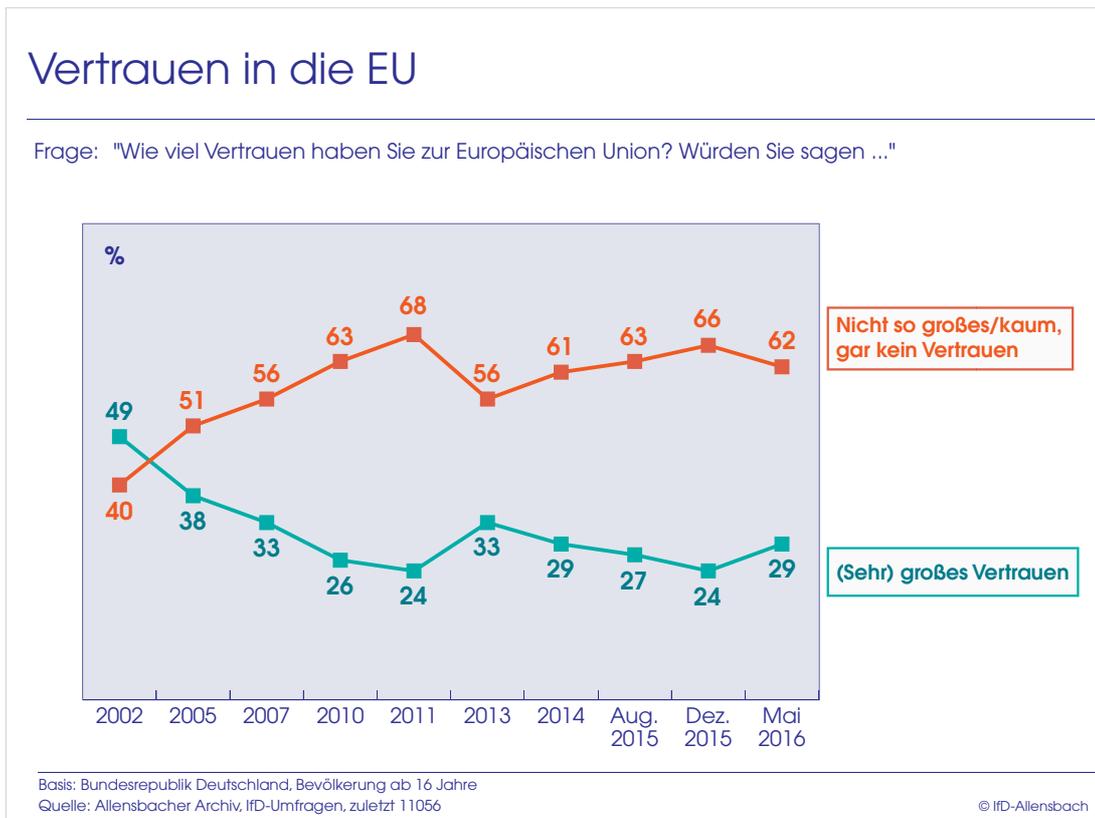
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11056

© IfD-Allensbach

Auch das Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung hat sich seit 2014 wieder verringert. 2014 bekundeten immerhin 40 Prozent der Bürger großes oder sogar sehr großes Vertrauen in den Euro, aktuell nur noch 32 Prozent. Umgekehrt ist der Kreis, der nur geringes oder überhaupt kein Vertrauen in die Gemeinschaftswährung setzt, von 47 auf 57 Prozent angestiegen.



Das Vertrauen in die Europäische Union insgesamt bewegt sich schon seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Zurzeit bekunden lediglich 29 Prozent der Bevölkerung großes oder sehr großes Vertrauen in die EU, dagegen 62 Prozent nur begrenztes oder gar kein Vertrauen. Der Langzeittrend zeigt, dass eine positive Grundhaltung zur EU mittlerweile fast anderthalb Jahrzehnte zurückliegt. 2002 bekundete immerhin noch die Hälfte großes oder sogar sehr großes Vertrauen in die Europäische Union.



Das detaillierte Image der EU zeigt, dass sich in letzter Zeit vor allem die Kritik an der Schwerfälligkeit der EU verstärkt hat wie auch die Überzeugung, dass sie zu viele Mitgliedsländer umfasst und dass diese Mitgliedsländer oft nicht viele Gemeinsamkeiten haben. So hat sich der Vorwurf der Schwerfälligkeit seit 2015 von 40 auf 56 Prozent erhöht, die Auffassung, dass die EU zu viele Mitgliedsländer hat, von 39 auf 50 Prozent. 45 Prozent sahen im letzten Jahr die EU als Gemeinschaft von Staaten, die nicht vieles gemeinsam haben, aktuell 54 Prozent.

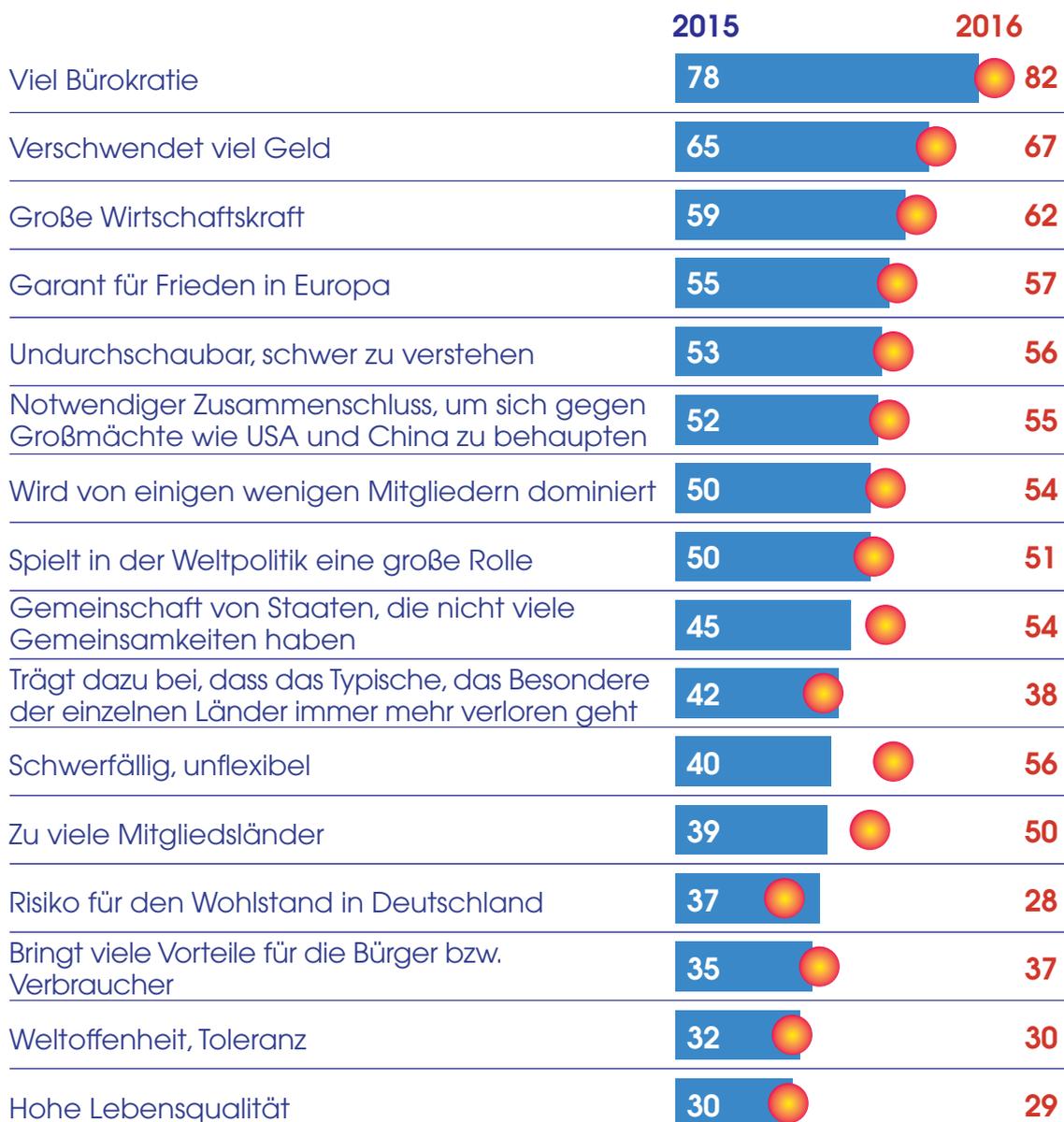
Insgesamt wird das Bild der EU nach wie vor insbesondere von Bürokratie und Geldverschwendung geprägt, aber auch von ihrer großen Wirtschaftskraft und ihrer Rolle als Garant für den Frieden in Europa. Auch diese positiven Assoziationen haben sich zumindest tendenziell verstärkt. 2015 schrieben 59 Prozent der Bürger der

EU große Wirtschaftskraft zu, jetzt 62 Prozent. Als Garanten für den Frieden in Europa sahen im letzten Jahr 55 Prozent die EU, aktuell 57 Prozent.

Teilweise haben sich auch Ängste in den letzten Monaten verringert. So sehen nur noch 28 Prozent die EU als Risiko für den Wohlstand in Deutschland; im letzten Jahr vertraten noch 37 Prozent diese Auffassung. Auch die Befürchtungen, dass durch den Zusammenschluss in der EU das Typische, das Besondere der einzelnen Länder immer mehr verloren geht, haben sich verringert.

Wachsende Kritik an der Schwerfälligkeit der EU

Frage: "Was kann man über die EU sagen? Hier auf den Karten ist Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf die EU zu? Legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus."

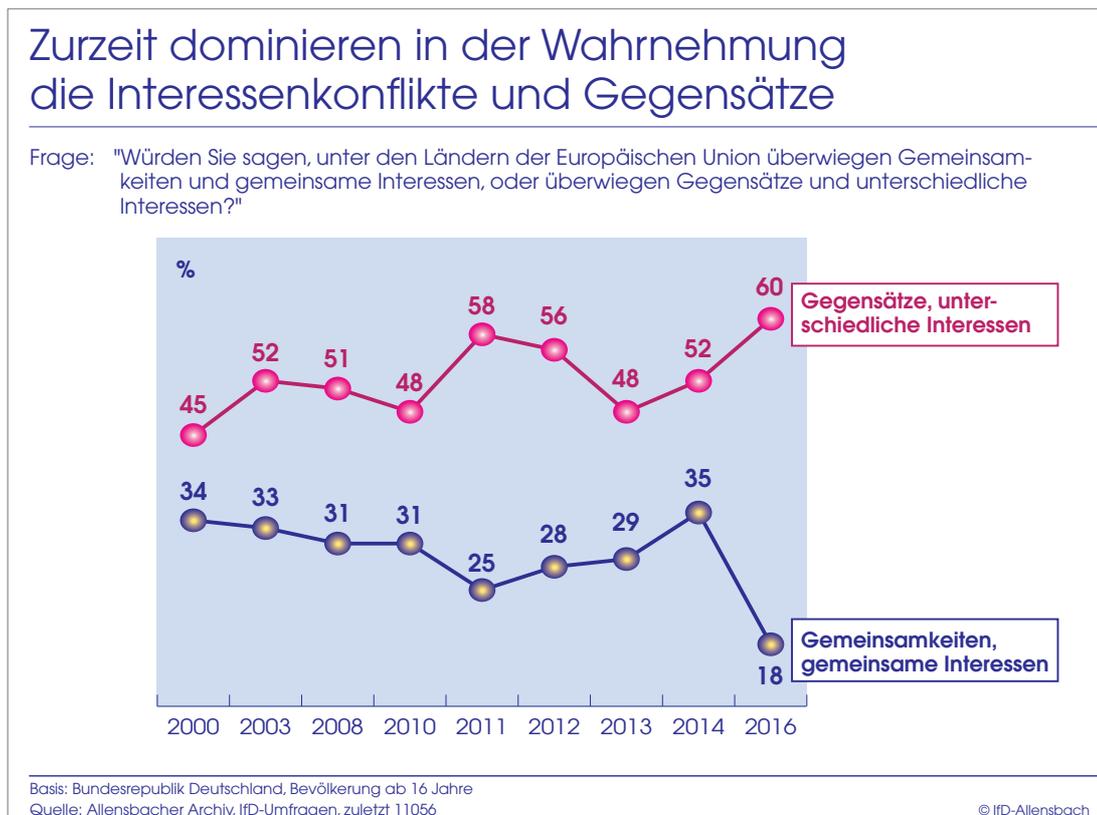


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11038, 11056

© IfD-Allensbach

Durch die offenkundige Uneinigkeit, wie mit der Flüchtlingskrise umzugehen ist, hat sich die Überzeugung verstärkt, dass innerhalb der EU Gegensätze und unterschiedliche Interessen dominieren. 60 Prozent der Bürger sind davon überzeugt, während nur noch 18 Prozent davon ausgehen, dass die Gemeinsamkeiten und auch gemeinsame Interessen überwiegen. Noch nie in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten wurde der Vorrat an Gemeinsamkeiten innerhalb der EU vergleichbar gering eingeschätzt. Selbst 2011, als im Zusammenhang mit der Griechenland-Krise die Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten offen zutage traten und auch kontrovers ausgetragen wurden, fiel die Bilanz der Bevölkerung nicht so negativ aus wie heute. Zwar waren auch damals 58 Prozent überzeugt, dass die EU vor allem von unterschiedlichen Interessen geprägt ist; immerhin 25 Prozent der Bevölkerung sahen jedoch überwiegend Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen und damit signifikant mehr als heute.

Schaubild 5



Auch das detaillierte Urteil über verschiedene Politikfelder und Ziele belegt, dass die Bürger zurzeit überwiegend Dissonanzen wahrnehmen. Zwar gibt es einige Bereiche, wo die Mehrheit große Gemeinsamkeiten bzw. gleiche Interessen diagnostiziert. Dies gilt vor allem für die Terrorabwehr, aber auch für die Verteidigungspolitik, das Verhältnis zu den USA, die Gewichtung von Menschenrechten und die Währungspolitik. In allen übrigen Bereichen geht jedoch zumindest eine relative Mehrheit, meist auch die absolute Mehrheit, davon aus, dass die Positionen innerhalb der EU weit auseinander fallen. Das gilt besonders für die Verteilung der Flüchtlinge auf die verschiedenen Mitgliedsländer, aber auch bei der sozialen Absicherung, dem Umweltschutz, dem Umgang mit überschuldeten Mitgliedsstaaten, der Energiepolitik, dem Umgang mit Korruption, dem Verhältnis zur Türkei und zu Russland wie auch in Bezug auf das Freihandelsabkommen mit den USA und dem Umgang mit Staaten, die als Steuerparadiese gelten. So sind 64 Prozent der Bürger überzeugt, dass es innerhalb der EU große Differenzen in Bezug auf den Umgang mit verschuldeten Staaten wie Griechenland gibt; 65 Prozent sehen große Differenzen in Bezug auf die Beziehungen zur Türkei, 60 Prozent in Bezug auf die Beziehungen zu Russland. Bei keiner politischen Frage werden jedoch vergleichbar große Differenzen angenommen wie bei dem Flüchtlingsthema: 92 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass es innerhalb der EU große Differenzen gibt, wie die Flüchtlinge auf die verschiedenen Mitgliedsländer verteilt werden sollen.

Diese Einschätzung wiegt um so schwerer, als die deutsche Bevölkerung überhaupt keinen anderen Weg sieht, als Flüchtlingspolitik europäisch anzulegen.

Mehr Differenzen als Gemeinsamkeiten

Frage: "Hier auf den Karten sind einmal einige Bereiche und Themen aufgeschrieben. Wie ist Ihr Eindruck: Bei welchen davon haben die meisten Länder der Europäischen Union große Gemeinsamkeiten bzw. die gleichen Interessen, und bei welchen haben sie große Differenzen, sind unterschiedlicher Meinung?"

	Große Differenzen	Große Gemeinsamkeiten
Bei der Terrorabwehr	23	70
In der Verteidigungspolitik	32	55
Verhältnis zu den USA	38	53
Bei der Bedeutung von Menschenrechten	43	50
In der Währungspolitik	39	50
In der Wirtschaftspolitik	46	43
Wenn es um Meinungs- und Pressefreiheit geht	52	40
Beim Datenschutz	47	40
Wenn es um militärische Einsätze zur Lösung internationaler Krisen geht	52	38
Einstellung zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA	52	31
Beim Umweltschutz	62	30
Wie mit Staaten umgegangen werden soll, die als Steuerparadiese gelten	55	29
Wie mit verschuldeten Staaten wie z.B. Griechenland umgegangen werden soll	64	29
Verhältnis zu Russland	60	29
Ob die Europäische Union weitere Mitglieder aufnehmen soll, erweitert werden soll	57	28
Verhältnis zur Türkei	65	27
In der Energiepolitik	67	22
Beim Umgang mit Korruption	67	19
Bei der sozialen Absicherung, dem sozialen Netz	69	19
Wie die Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollen	92	6

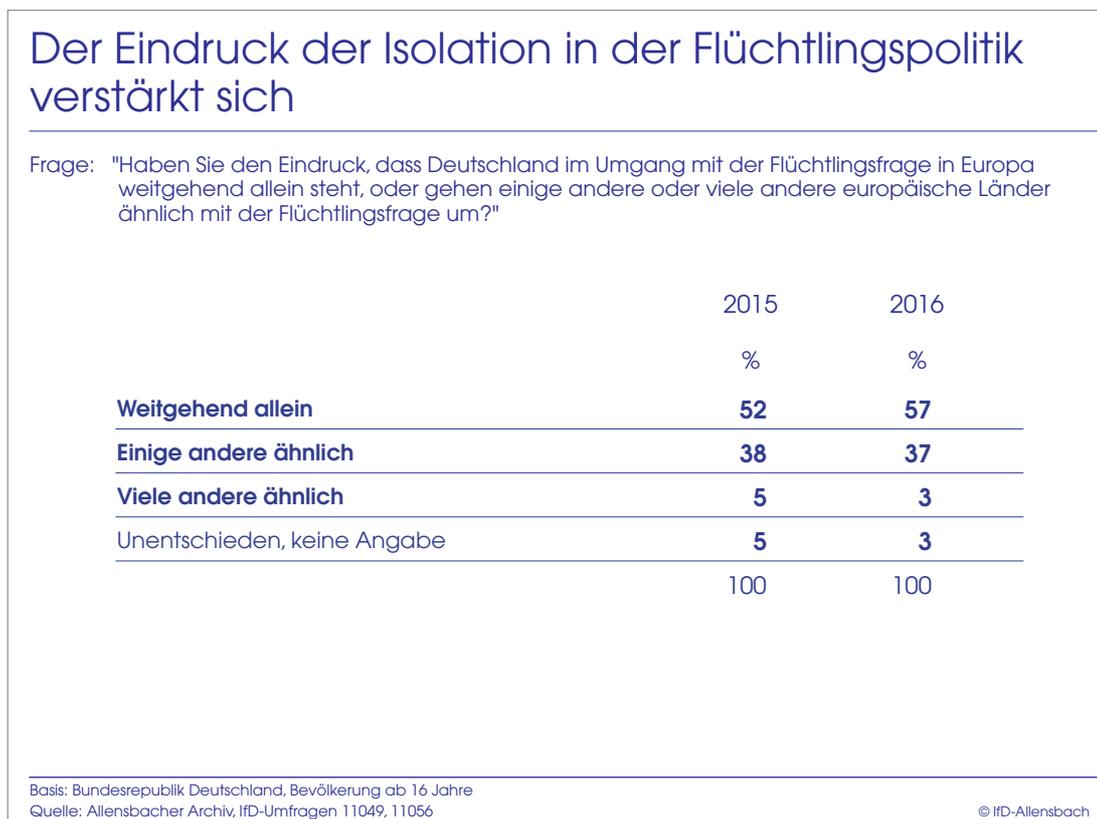
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11056

© IfD-Allensbach

FÜR EUROPÄISCHE REGELUNG VON ZUWANDERUNG, ASYL- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

In Bezug auf die Flüchtlingspolitik hat sich der Eindruck der Isolation Deutschlands in den letzten Monaten weiter verstärkt. 2015 waren bereits 52 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland mit seiner Flüchtlingspolitik in Europa weitgehend allein steht, jetzt haben 57 Prozent diesen Eindruck. 37 Prozent gehen davon aus, dass noch einige der anderen Mitgliedsländer ähnlich denken und agieren, ganze 3 Prozent sehen Deutschland hier in einer Phalanx mit vielen anderen Mitgliedsländern.

Schaubild 7



Die Mehrheit hat kein Verständnis dafür, dass sich ein Teil der Mitgliedsländer gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wehrt bzw. nur zur Aufnahme einer kleinen

Zahl bereit ist. Hier sind die Haltungen der deutschen Bevölkerung völlig stabil: Gut ein Drittel hat Verständnis für die Position dieser Länder, während 54 Prozent diese Strategie der Abschottung verurteilen.

Schaubild 8



Die überwältigende Mehrheit plädiert dafür, EU-Länder, die keine oder nur sehr wenig Flüchtlinge aufnehmen, zu sanktionieren. Auch bei dieser Einstellung hat sich in den letzten Monaten nur wenig verändert. Ende letzten Jahres plädierten 68 Prozent der Bürger für Sanktionen, aktuell 64 Prozent. Lediglich 20 Prozent sprechen sich gegen Sanktionen aus, überdurchschnittlich die ostdeutsche Bevölkerung.

Für Sanktionen

Frage: "Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen, Sanktionen geben, z.B. durch Kürzungen der Zuschüsse, oder sollte es keine Sanktionen geben?"

	Gesamt- deutschland		West- deutschland	Ost- deutschland
	2015	2016	2016	2016
	%	%	%	%
Sanktionen geben	68	64	67	51
Sollte keine Sanktionen geben	20	20	18	29
Unentschieden, keine Angabe	12	16	15	20
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11049, 11056

© IfD-Allensbach

Die Skepsis, ob sich die meisten Mitgliedsländer der EU überhaupt um eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation bemühen, ist von hohem Niveau aus weiter gewachsen. Nur noch 14 Prozent sehen ernsthafte Bemühungen, hier zu einer gemeinsamen Linie zu finden, während 74 Prozent der Bevölkerung keine ernsthaften Bemühungen erkennen können.

Ausgeprägte Skepsis

Frage: "Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?"

	2015	2016
	%	%
Bemühen sich	19	14
Bemühen sich nicht darum	69	74
Unentschieden, keine Angabe	12	12
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11049, 11056

© IfD-Allensbach

Dieser Eindruck trägt auch dazu bei, dass generell die Solidarität und der Zusammenhalt innerhalb der EU immer kritischer eingeschätzt werden. Der Anteil der Bevölkerung, der den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der EU für groß oder sogar sehr groß hält, ist seit Sommer letzten Jahres von 22 auf 13 Prozent abgeschmolzen. Die überwältigende Mehrheit hält den Zusammenhalt und die Solidarität für weniger groß oder sogar für kaum vorhanden.

Immer kritischere Einschätzung von Solidarität und Zusammenhalt

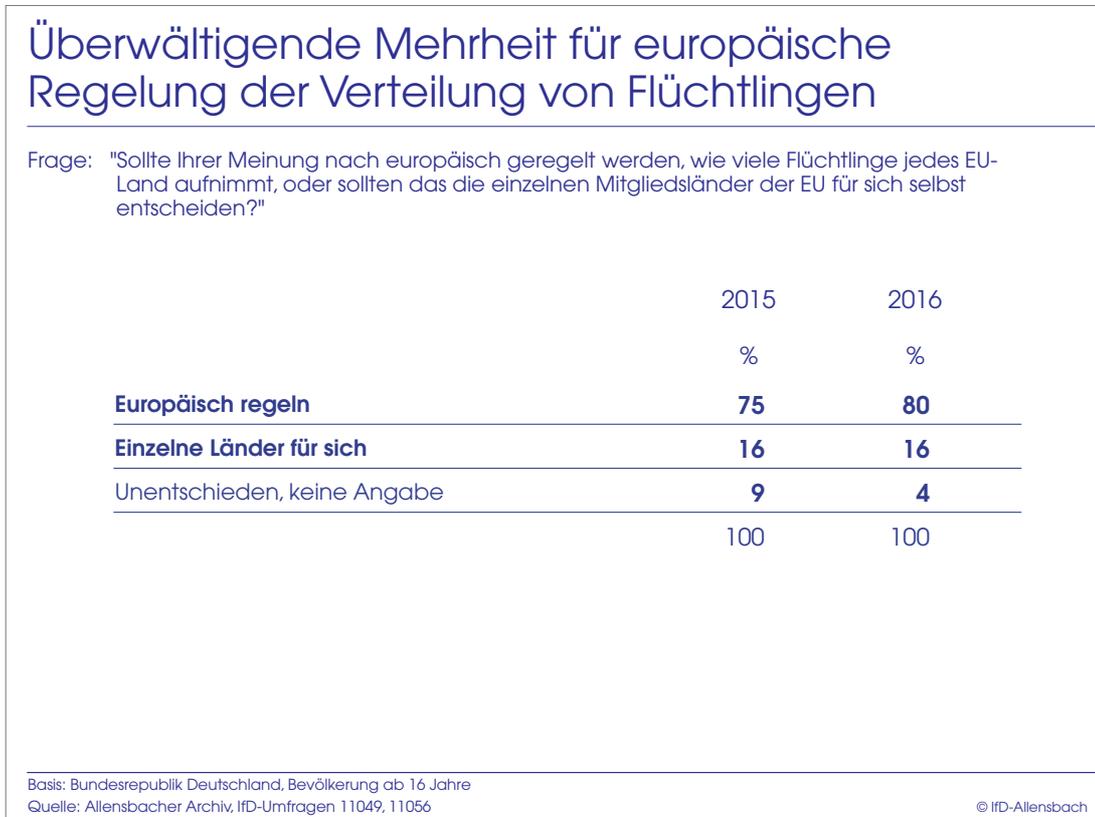
Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen, der Zusammenhalt ist ..."

	August 2015	Dezember 2015	Mai 2016
	%	%	%
"sehr groß"	1	1	1
"groß"	21	16	12
"weniger groß"	57	57	62
"kaum bzw. gar nicht vorhanden"	11	18	17
Unentschieden, keine Angabe	10	8	8
	100	100	100

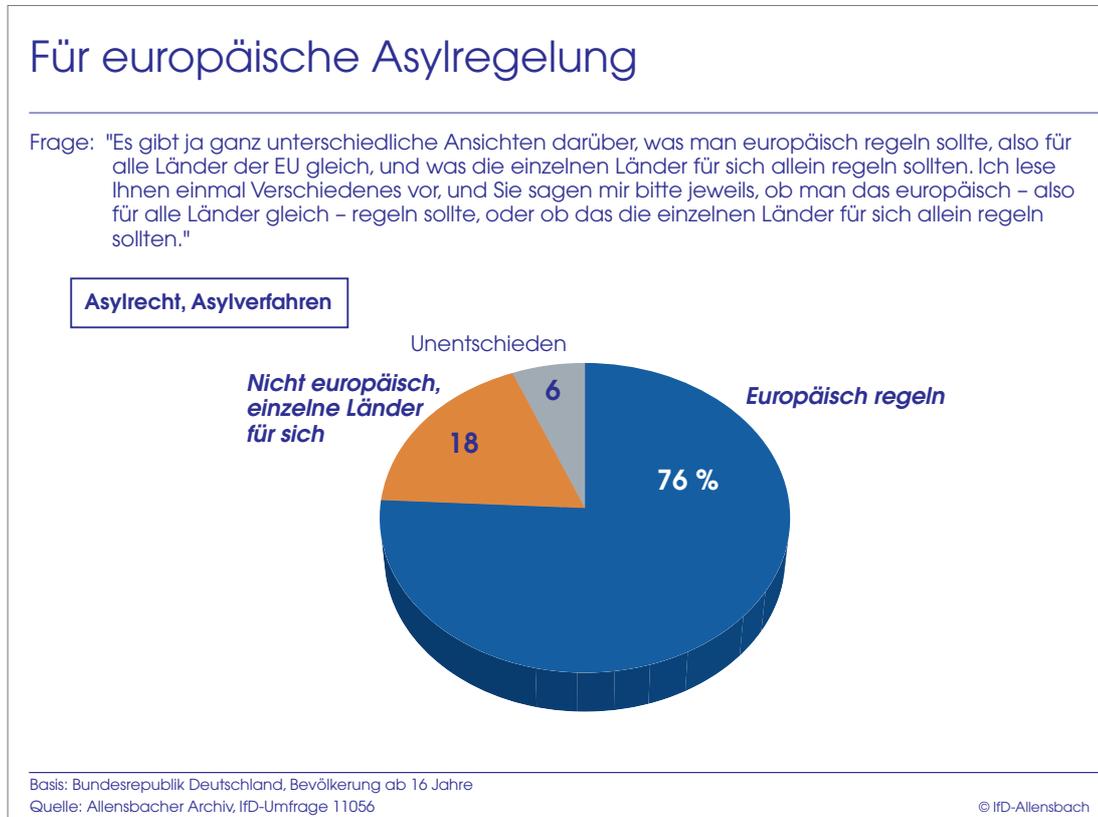
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11044, 11049 und 11056

© IfD-Allensbach

Gleichzeitig ist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mehr denn je überzeugt, dass gerade Themen wie der Umgang mit Flüchtlingswellen, Asyl und Zuwanderung nur europäisch geregelt werden können. Dies gilt insbesondere für die Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedsländer. Hier waren bereits 2015 drei Viertel der Bürger überzeugt, dass sich ein solcher Verteilungsschlüssel nur europäisch festlegen lässt; jetzt vertreten 80 Prozent diese Auffassung.



Genauso plädiert die überwältigende Mehrheit für eine europäische Regelung der Asylgesetze und -verfahren. 76 Prozent der Bürger halten es für richtig und wichtig, ein einheitliches europäisches Asylrecht zu haben, lediglich 18 Prozent favorisieren hier nationale Regelungen. Überdurchschnittlich plädieren politisch Interessierte für eine einheitliche europäische Regelung des Asylrechts und der Asylverfahren.



Ähnlich ist das Meinungsbild heute in Bezug auf die Regelung von Zuwanderung. Auch hier sprechen sich knapp drei Viertel der Bevölkerung für eine einheitliche europäische Regelung aus; dieser Auffassung war die Bevölkerung keineswegs immer. Zwischen 2003 und 2013 oszillierte der Anteil der Bevölkerung, der sich für eine europäische Regelung der Zuwanderung aussprach, konstant zwischen 37 und 44 Prozent. Unter dem Eindruck der Flüchtlingswelle kam es jedoch zu einem völligen Meinungsumschwung. Bereits 2014 sprachen sich 53 Prozent der Bürger für eine europäische Regelung der Zuwanderung aus, 2015 65 Prozent, aktuell 74 Prozent.

Die überwältigende Mehrheit plädiert mittlerweile für europäische Zuwanderungsregelungen

Frage: "Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man in Zukunft europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte, ob man das europäisch – also für alle Länder gleich – regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten."

Zuwanderung, der Zuzug von Ausländern



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11056

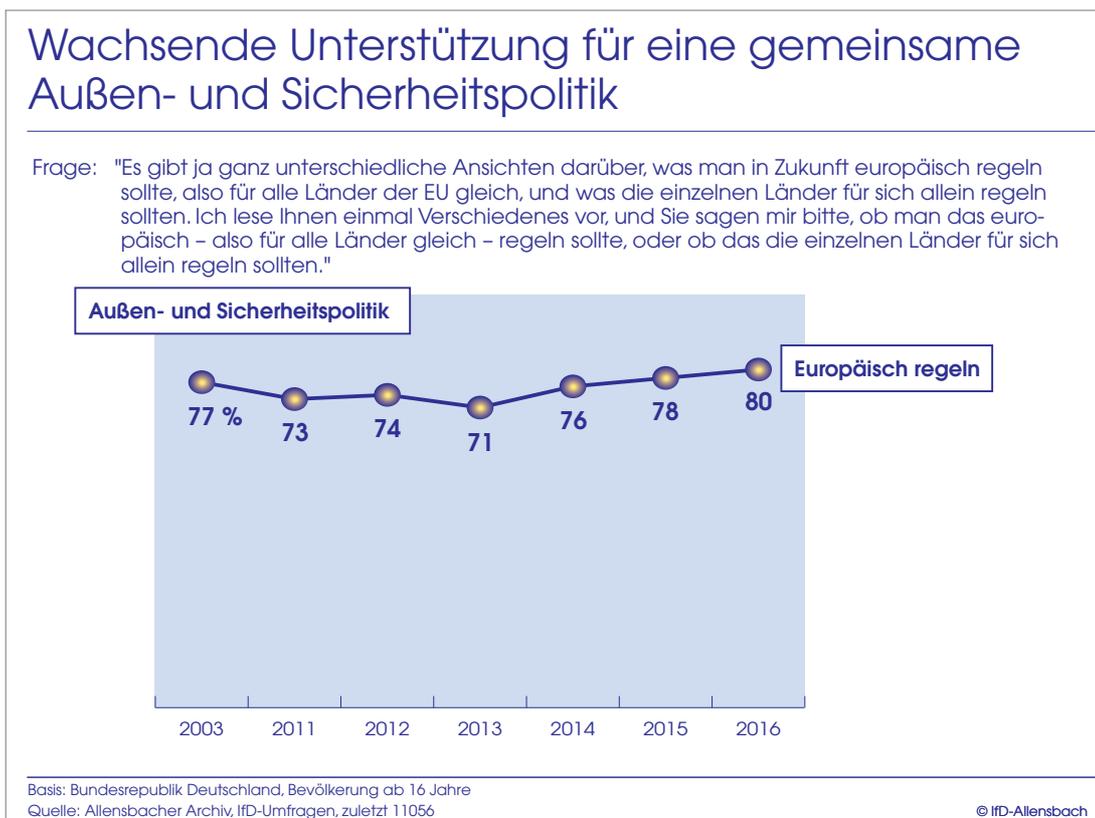
© IfD-Allensbach

Der klare Zusammenhang mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen weist allerdings auch auf ein Problem hin: Weite Teile der Bevölkerung gehen von der irrigen Auffassung aus, dass ein Zuwanderungsgesetz den gesamten Zuzug in ein Land bzw. in die EU regeln kann. Dass weder die Freizügigkeit innerhalb der EU noch Asylsuchende und Flüchtlinge automatisch von einem Zuwanderungsgesetz erfasst werden, ist vielen nicht klar.

BREITER KONSENS: VERTIEFUNG STATT ERWEITERUNG

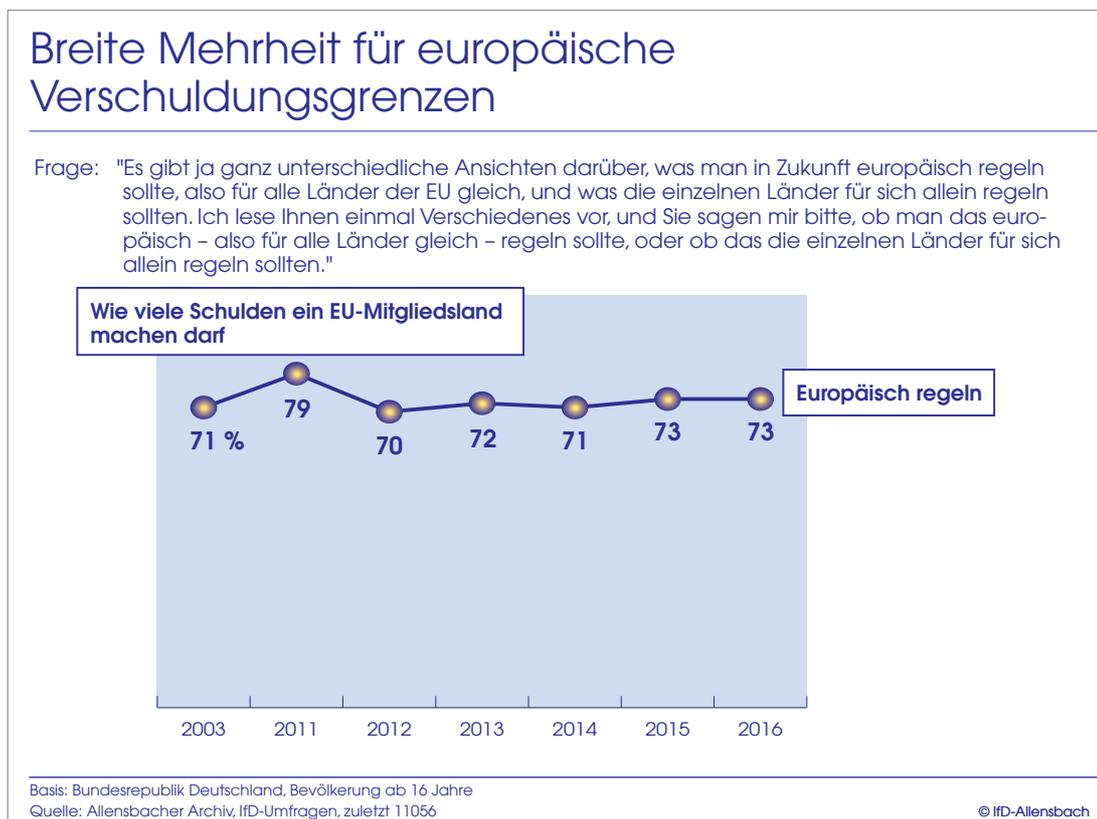
Auch abseits der Regelung von Zuwanderung und Asyl gibt es durchaus Politikfelder, auf denen die Bevölkerung für gemeinsame europäische Regelungen und Vorgehensweisen plädiert. Das gilt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik, die die überwältigende Mehrheit schon immer auf der europäischen Ebene ansiedeln wollte. Schon am Beginn des vergangenen Jahrzehnts sprachen sich 77 Prozent für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aus; bis 2013 verringerte sich die Unterstützung auf 71 Prozent und ist in den letzten Jahren aber wieder kontinuierlich angestiegen. Aktuell sprechen sich 80 Prozent für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik aus – die letzten Jahre haben den Bürgern sehr anschaulich vor Augen geführt, dass Europa hier gemeinsame Interessen hat und auch nur gemeinsam Erfolge erzielen kann.

Schaubild 15



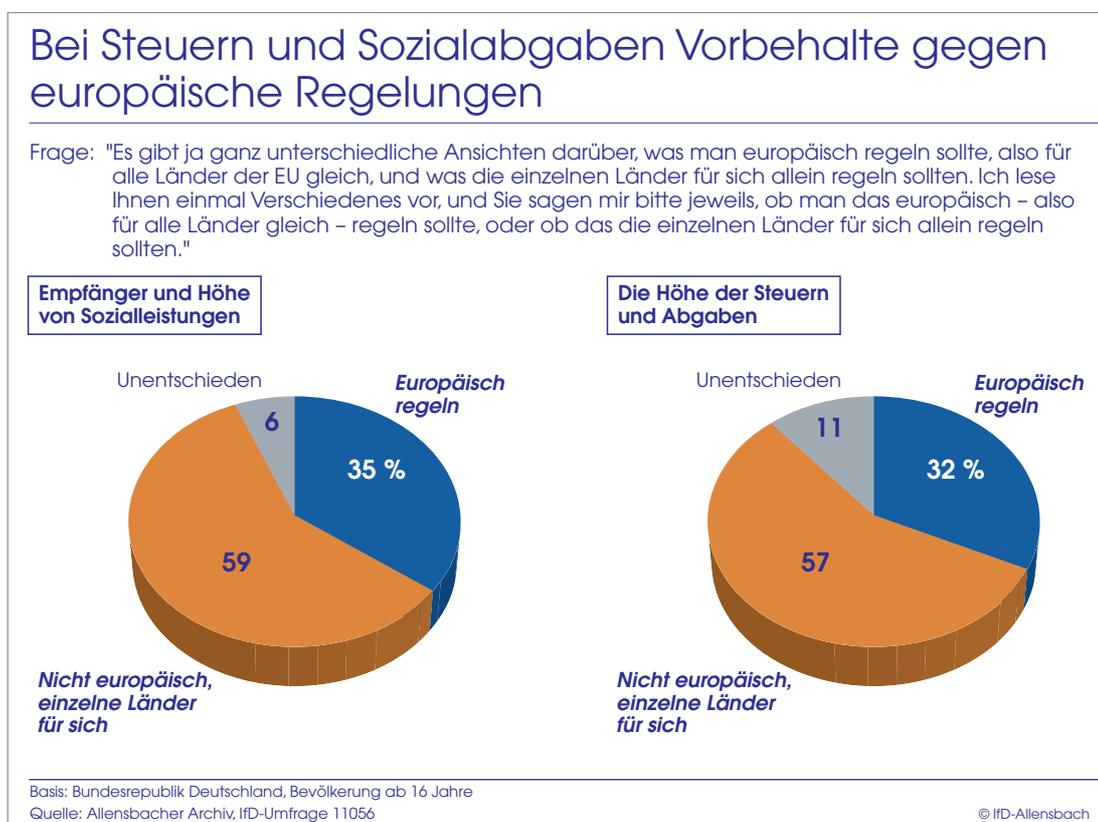
Auch in Bezug auf Arbeitsschutzbestimmungen, Bildungsabschlüsse oder die Begrenzung der nationalen Verschuldung spricht sich die große Mehrheit für gemeinsame europäische Regelungen aus. So plädieren 62 Prozent für einheitliche Arbeitsschutzbestimmungen, 55 Prozent für eine Angleichung der Abschlüsse an Schulen und Universitäten. Noch größer ist die Unterstützung für eine europäische Regelung von Verschuldungsgrenzen. 73 Prozent plädieren dafür, auf europäischer Ebene festzulegen, wie viele Schulden ein Mitgliedsland machen darf. Dies wurde in Deutschland nicht erst unter dem Eindruck der griechischen Krise Mehrheitsmeinung, sondern wurde schon vor gut anderthalb Jahrzehnten von über 70 Prozent der Bürger unterstützt.

Schaubild 16



Überwiegend Vorbehalte gegen einheitliche europäische Regelungen gibt es in erster Linie bei Sozialleistungen und der Fiskalpolitik. Hier plädiert jeweils nur rund ein Drittel der Bürger für europäische Regelungen, während 57 Prozent eine nationale Festlegung von Steuern und Abgaben favorisieren, 59 Prozent nationale Regelungen für Sozialleistungen. Auf diesen Gebieten ist die Sorge der Bürger zu groß, dass tief in ihre Interessen eingegriffen werden könnte und dies von einer fernen europäischen Zentralgewalt.

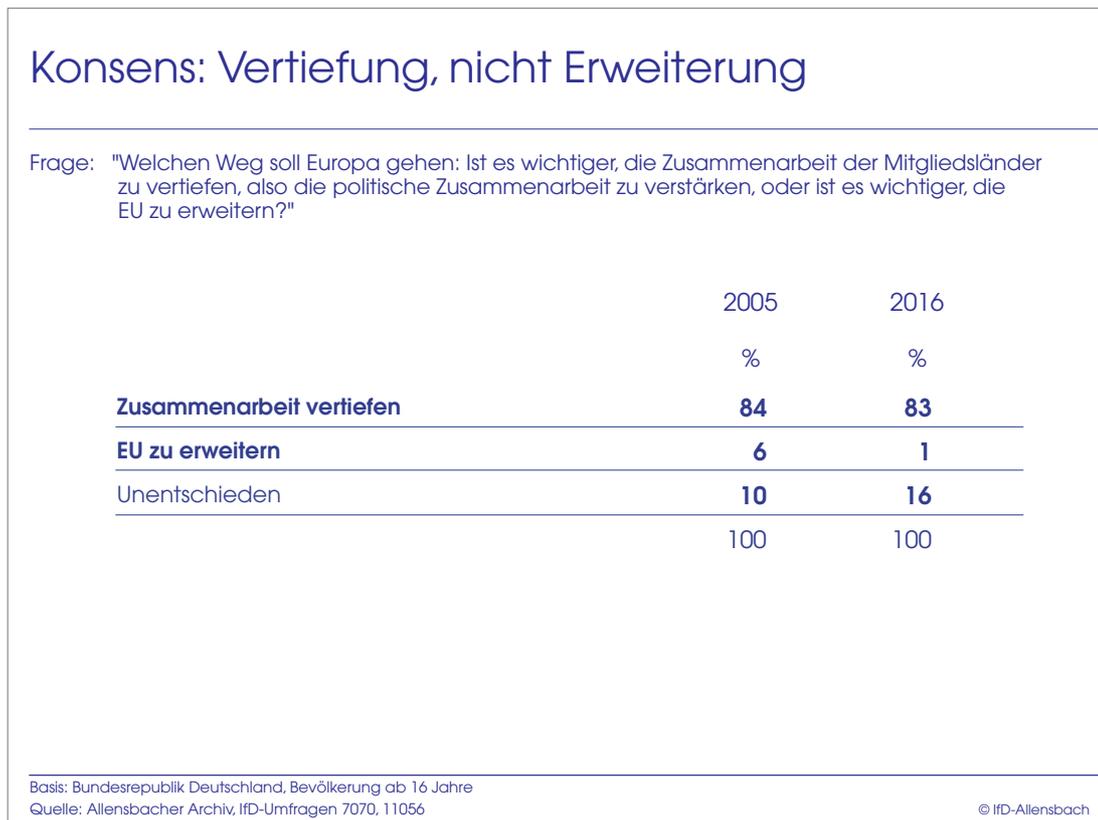
Schaubild 17



Für die überwältigende Mehrheit steht außer Frage, dass eine Vertiefung der europäischen Integration und Zusammenarbeit wichtiger ist als die weitere Aufnahme neuer Mitglieder. In dieser Frage gab es in der deutschen Bevölkerung immer einen denkbar breiten Konsens. 2005 hielten es 84 Prozent für wichtiger, die

Zusammenarbeit zu vertiefen, aktuell 83 Prozent. Nur noch eine verschwindende Minderheit von 1 Prozent räumt einer Erweiterung der EU Priorität ein.

Schaubild 18



Angesichts der offenkundigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsländern in vielen Bereichen und auch der unterschiedlichen Situation und Entwicklung vieler Mitgliedsländer wird immer wieder über das Konzept einer selektiven Vertiefung diskutiert, den Zusammenschluss einiger Mitgliedsländer zu einem Kerneuropa, in dem die Integration rascher vorangetrieben wird als in der EU insgesamt. Die Mehrheit der Bevölkerung war hier immer skeptisch. Schon vor mehr als zehn Jahren waren 54 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass ein geeintes Europa nur funktionieren kann, wenn alle Mitgliedsstaaten versuchen, sich auf eine gemeinsame Politik zu einigen. Auch heute halten dies 54 Prozent für richtig und

befürchten, dass das Konzept eines Kerneuropa zur Bildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der EU führen würde. Damit ist das Meinungsbild im wesentlichen unverändert geblieben, wenn auch die Unterstützung für das Konzept eines Kerneuropa tendenziell angestiegen ist: 2004 sprachen sich 27 Prozent der Bürger für dieses Konzept aus, 2013 26 Prozent, aktuell 31 Prozent.

Schaubild 19

Nach wie vor überwiegend Skepsis gegenüber dem Gedanken eines Kerneuropas

Frage: "Es gibt ja immer mal wieder die Forderung, dass sich einige EU-Mitgliedsländer zu einem sogenannten 'Kerneuropa' zusammenschließen, dass diese Länder also in bestimmten Politikbereichen enger zusammenarbeiten als die übrigen EU-Staaten. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der/die Obere oder der/die Untere?"

	2004	2013	2016
	%	%	%
Der/die Obere: "Ich bin für ein Kerneuropa. Die Europäische Union hat mittlerweile so viele Mitglieder, dass eine gemeinsame europäische Politik kaum mehr möglich ist. Damit Europa handlungsfähig bleibt, sollten sich einzelne Staaten zu einem Kerneuropa zusammenschließen, um in einigen Politikbereichen enger zusammenzuarbeiten als die übrigen EU-Staaten."	27	26	31
Der/die Untere: "Das sehe ich anders. Ein geeintes Europa kann nur funktionieren, wenn alle Mitgliedsstaaten versuchen, sich auf eine gemeinsame Politik zu einigen. Ein Kerneuropa würde nur zur Bildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der EU führen."	54	48	54
Unentschieden	19	26	15
	100	100	100

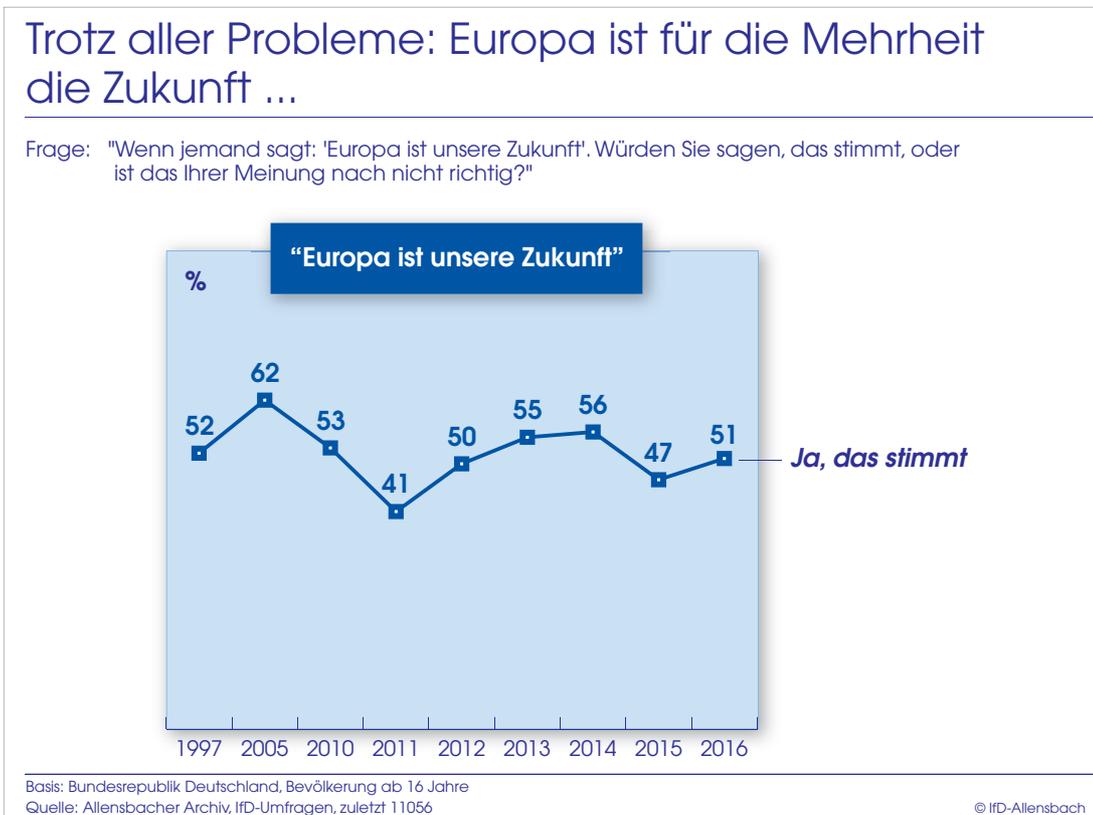
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7055, 11012 und 11056

© IfD-Allensbach

TROTZ ALLER PROBLEME BREITER RÜCKHALT FÜR DIE EU-MITGLIEDSCHAFT

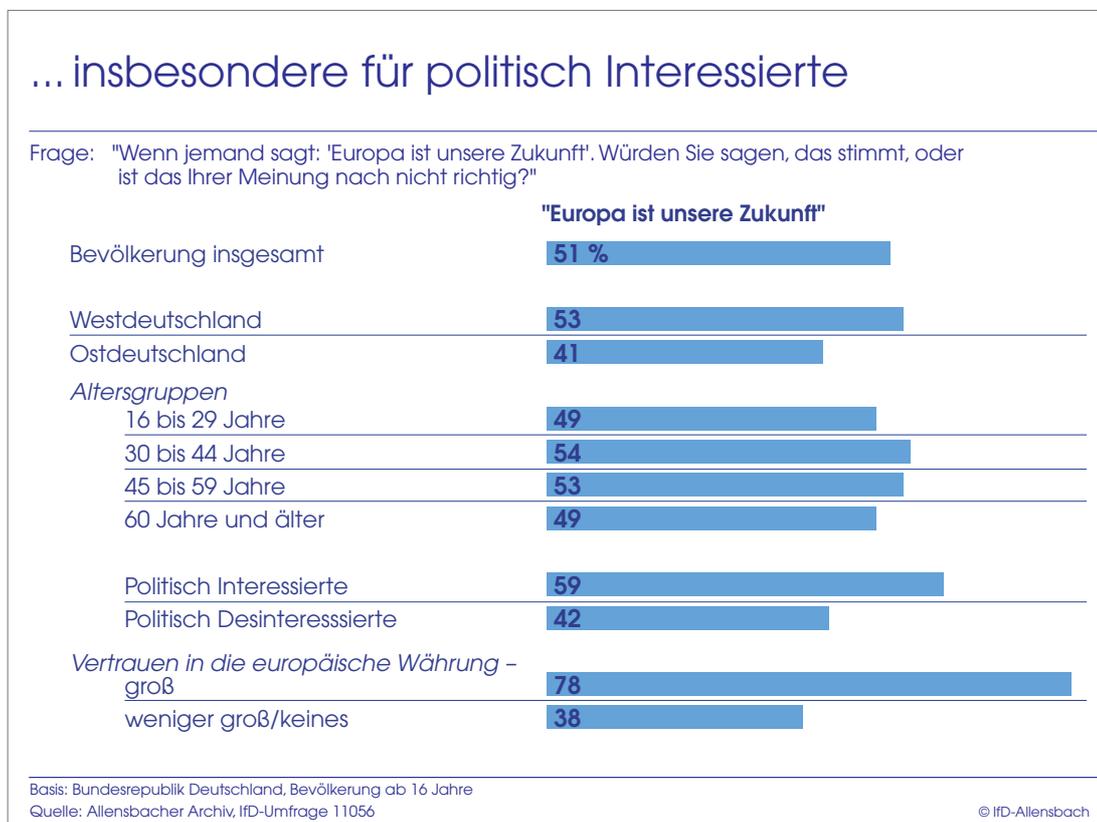
Trotz der wahrgenommenen Dissonanzen und Interessenkonflikte innerhalb der EU ist nicht zu erkennen, dass die deutsche Bevölkerung an dem Projekt Europa und der europäischen Integration irre wird. Die Mehrheit ist überzeugt, dass Europa unsere Zukunft ist. Diese Überzeugung wird von Krisen und Auseinandersetzungen immer wieder neu angegriffen. Dies zeigt die Trendanalyse, die sowohl zur Zeit der Eskalation der Griechenland-Krise wie auch unter dem Eindruck der Flüchtlingswelle im letzten Jahr einen deutlichen Einbruch dieser Überzeugung zeigt. So sank der Anteil der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass der europäische Zusammenschluss die Zukunft des Landes ist, zwischen 2010 und 2011 von 53 auf 41 Prozent, zwischen 2014 und 2015 von 56 auf 47 Prozent ab. In den letzten Monaten hat wieder eine zumindest tendenzielle Erholung eingesetzt.

Schaubild 20



Insbesondere die politisch interessierten Bevölkerungskreise sind überzeugt, dass die Zukunft des Landes keine nationale ist, sondern nur im europäischen Verbund gestaltet werden kann. Gleichzeitig ist diese Überzeugung in Westdeutschland wesentlich breiter verankert als in Ostdeutschland. Den größten Einfluss übt jedoch das Vertrauen in die europäische Währung aus: Von denjenigen, die der Gemeinschaftswährung Vertrauen entgegenbringen, sind 78 Prozent überzeugt, dass die Zukunft des Landes nur im europäischen Verbund gestaltet werden kann, von denjenigen, die an der Währung zweifeln, nur 38 Prozent.

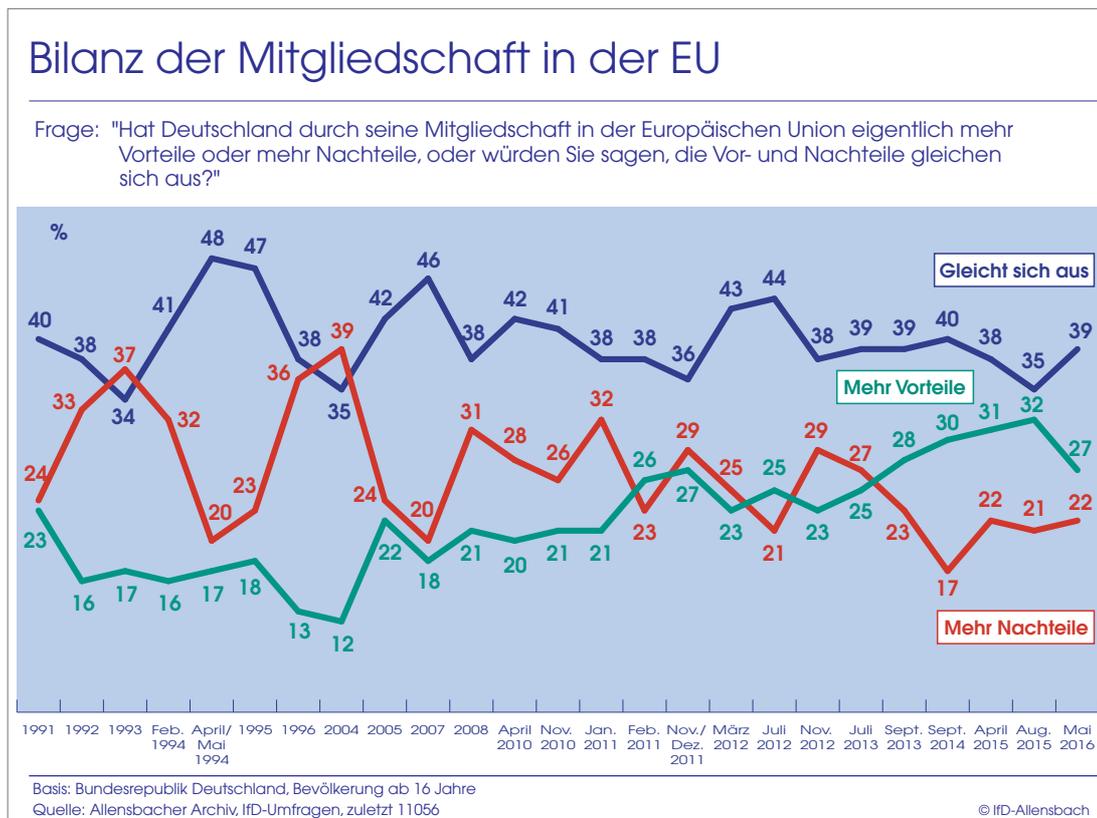
Schaubild 21



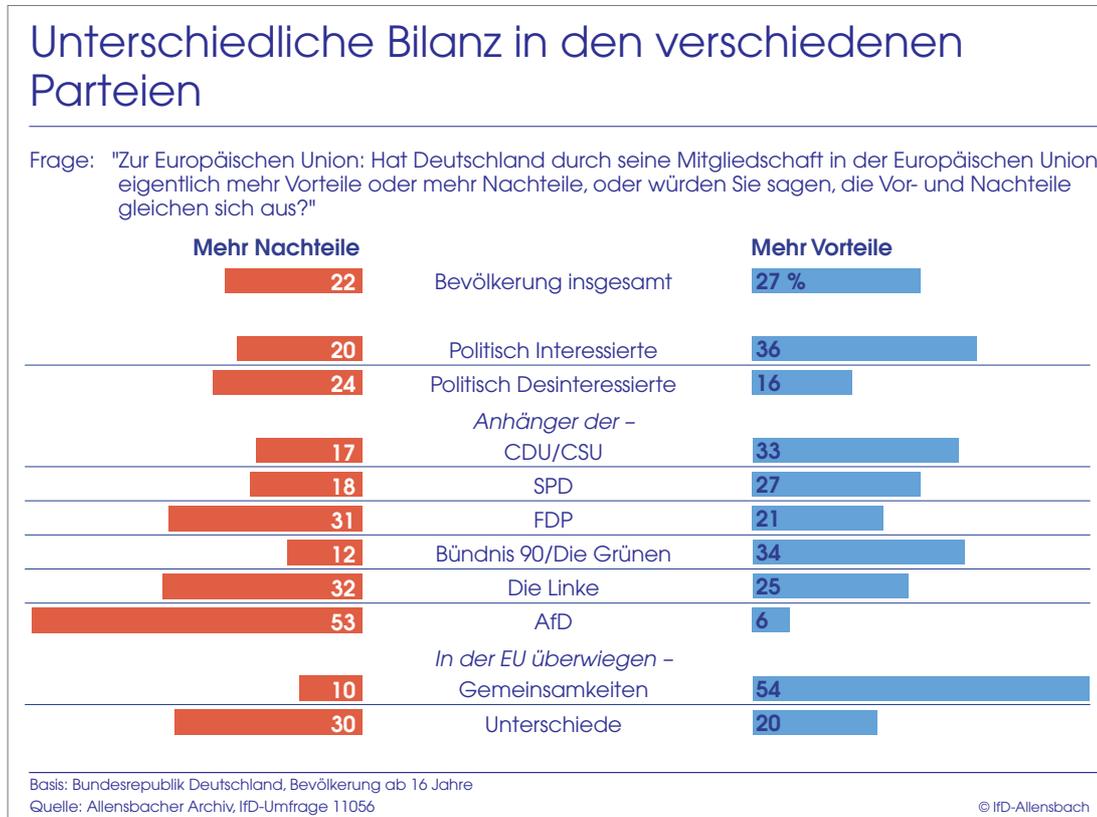
Zwar fällt die Bilanz der Mitgliedschaft in der EU auf den ersten Blick sehr zurückhaltend und ambivalent aus: Nur 27 Prozent der Bürger sind zurzeit überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringt; 22

Prozent vermuten überwiegend Nachteile, 39 Prozent sehen Vor- und Nachteile in der Balance. Der Langzeittrend zeigt allerdings, dass dies eher ein positives Stimmungsbild als eine ungewöhnlich negative Bilanz ist. Während der letzten 25 Jahre war der Anteil der Bürger, die mehr Nachteile als Vorteile mit der EU verbanden, meist größer als der Anteil derjenigen, die überwiegend Vorteile sahen.

Schaubild 22



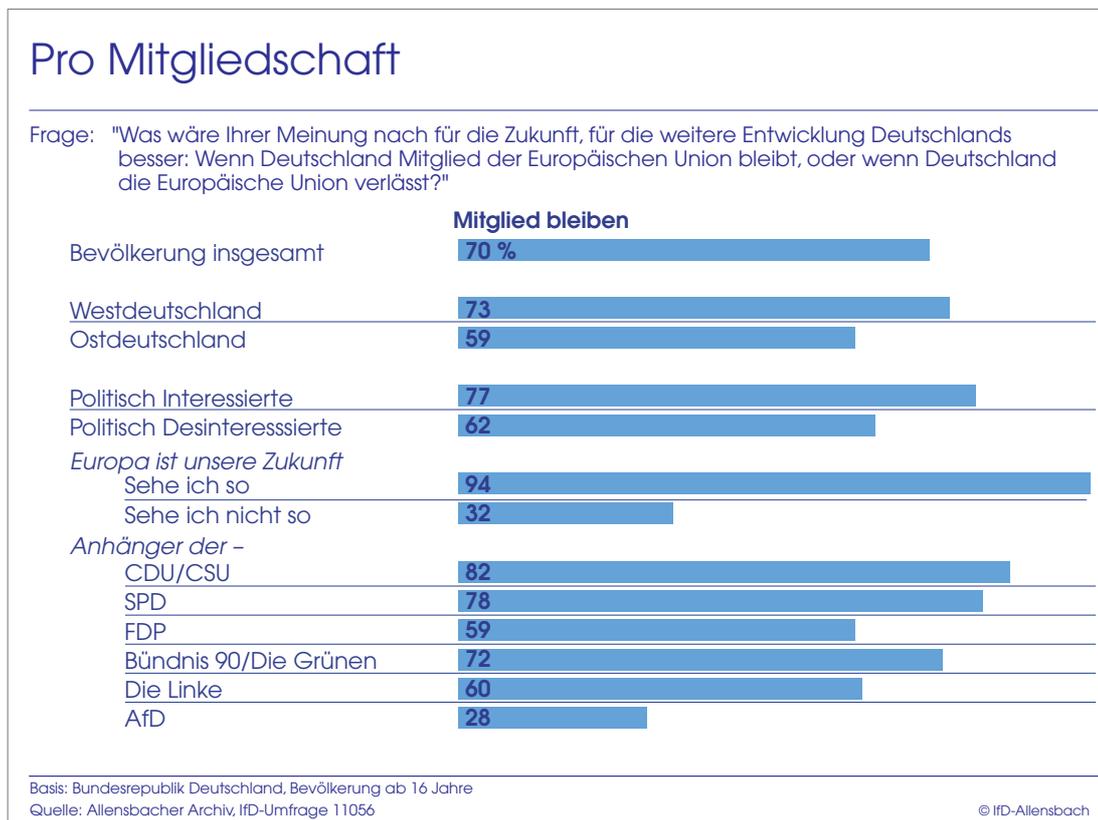
Politisch Interessierte ziehen eine signifikant positivere Bilanz der Mitgliedschaft als politisch Desinteressierte, Anhänger der CDU/CSU und der Grünen eine wesentlich positivere als insbesondere die Anhänger der AfD. Die Anhänger der AfD sind die einzige Gruppierung, die mehrheitlich davon ausgeht, dass die Nachteile der Mitgliedschaft überwiegen.



So ambivalent die Bilanz von Nutzen und Nachteilen der Mitgliedschaft ausfällt, ist gleichzeitig die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass es für die weitere Entwicklung des Landes besser ist, wenn Deutschland Mitglied in der Europäischen Union bleibt. Ein Plebiszit würde in Deutschland völlig eindeutig ausfallen. 70 Prozent der Bevölkerung halten es grundsätzlich für besser, wenn Deutschland Mitglied der EU bleibt, in Westdeutschland 73 Prozent, in Ostdeutschland immerhin auch 59 Prozent. Mit Ausnahme der Anhänger der AfD gibt es in dieser Frage einen breiten parteiübergreifenden Konsens. Auch die Anhänger der Linken sind mit großer Mehrheit überzeugt, dass ein Verbleib in der EU wünschenswert ist. Lediglich unter den Anhängern der AfD ist dies eine Minderheitenposition, die gerade einmal von 28 Prozent vertreten wird. Hier wirkt

klar die Gründungsgeschichte der AfD als Anti-Euro-Bewegung und teilweise auch antieuropäische Bewegung nach.

Schaubild 24



Auch die europäische Integration hat in der deutschen Bevölkerung breiten Rückhalt. Zwei Drittel der Bevölkerung sprechen sich für die europäische Integration aus, lediglich 15 Prozent dagegen. Damit ist der Rückhalt für die europäische Integration in den letzten Jahren nur marginal gesunken. 2008 unterstützten 72 Prozent der Bürger die europäische Integration, 2013 70 Prozent, aktuell 67 Prozent. Der Kreis der Gegner ist im selben Zeitraum von 10 auf 15 Prozent angewachsen.

Ungebrochene Unterstützung der europäischen Vereinigung

Frage: "Wie sehr sind Sie für oder gegen die europäische Vereinigung? Würden Sie sagen ..."

	2008	2013	2016
	%	%	%
"sehr dafür"	13	15	15
"im Großen und Ganzen dafür"	59	55	52
"mir ziemlich egal"	15	13	12
"im Großen und Ganzen dagegen"	8	12	13
"sehr dagegen"	2	2	2
Weiß nicht, keine Antwort	3	3	6
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10020, 11013 und 11056

© IfD-Allensbach

Auch hier vertreten lediglich die Anhänger der AfD eine völlig abweichende Position. Von ihnen unterstützen nur 26 Prozent die europäische Integration, während 50 Prozent der europäischen Vereinigung kritisch gegenüberstehen.

Abweichende Haltung der AfD-Anhänger

Frage: "Wie sehr sind Sie für oder gegen die europäische Vereinigung? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der AfD %
"sehr dafür"	15	9
"im Großen und Ganzen dafür"	52	17
"mir ziemlich egal"	12	20
"im Großen und Ganzen dagegen"	13	40
"sehr dagegen"	2	10
Weiß nicht, keine Antwort	6	4
	100	100

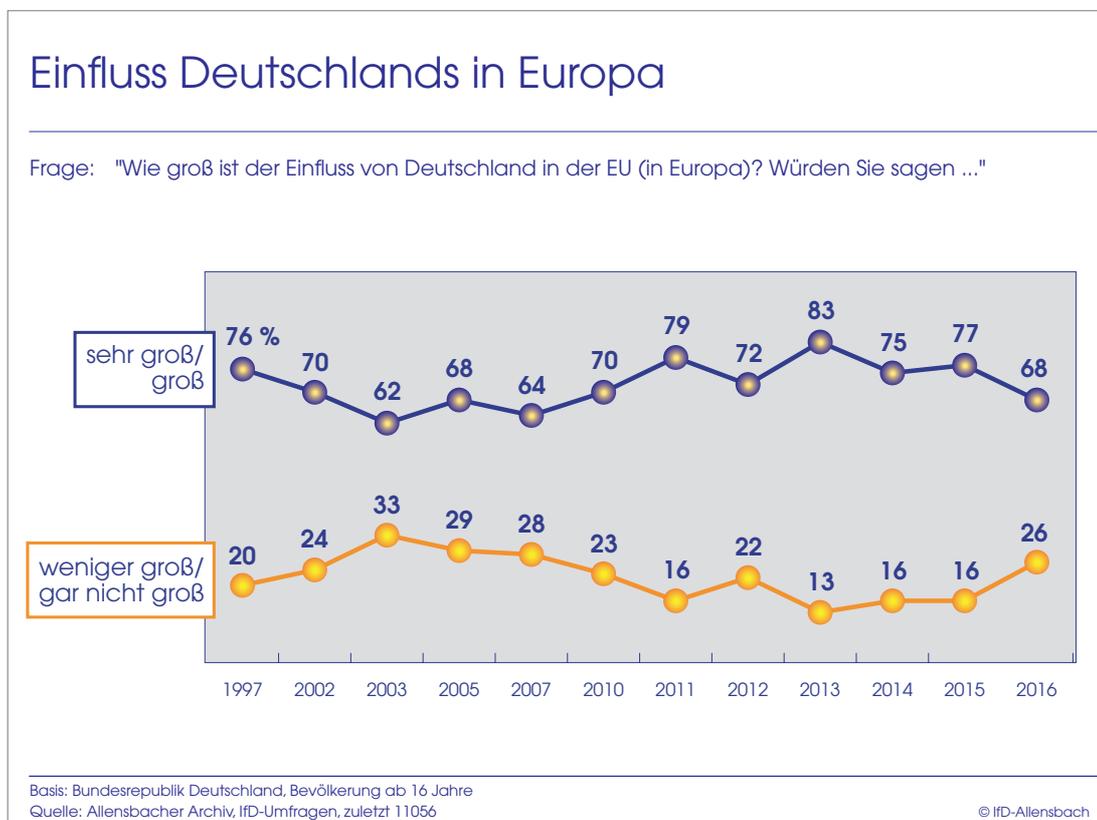
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11056

© IfD-Allensbach

WENIGER ZUFRIEDENHEIT MIT DER VERTRETUNG DEUTSCHER INTERESSEN

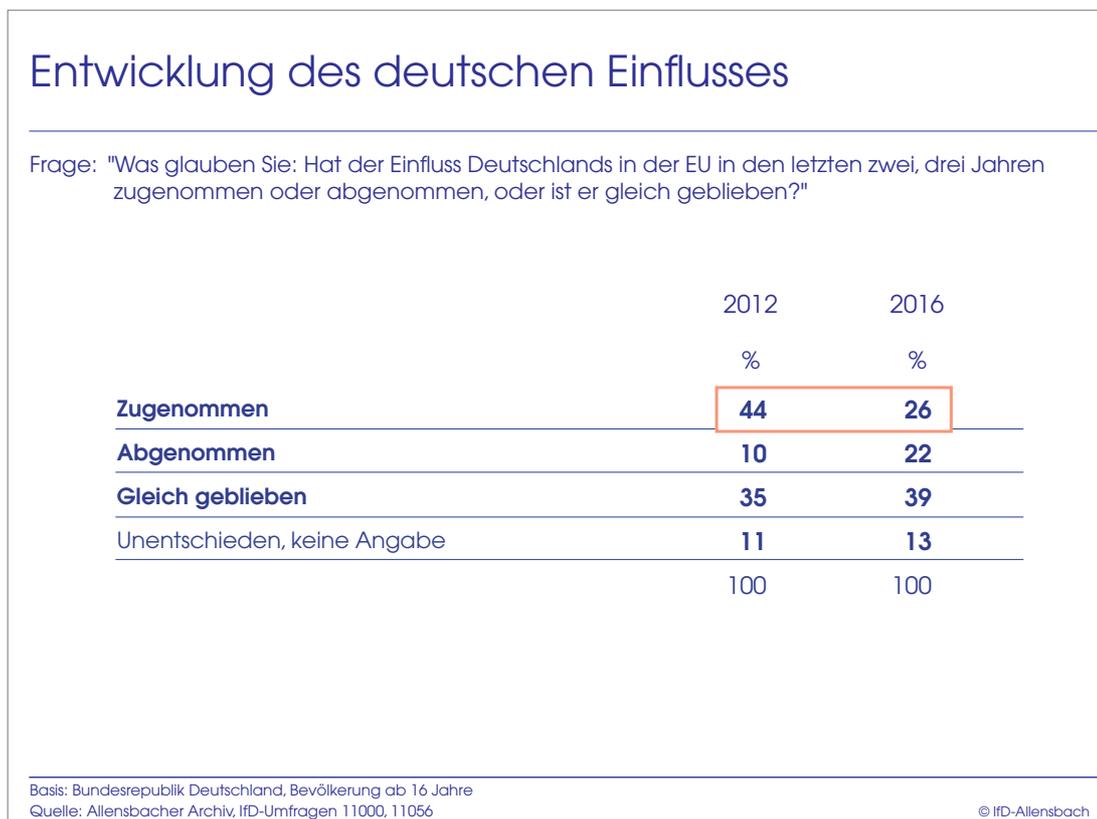
Dass die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung trotz aller Probleme und wahrgenommenen Interessenunterschiede unbeirrt die Mitgliedschaft in der EU und die europäische Integration unterstützt, hängt auch damit zusammen, dass die überwältigende Mehrheit davon ausgeht, dass Deutschland innerhalb der EU großen Einfluss hat. Zwar hat sich diese Überzeugung in den letzten Jahren signifikant vermindert. 2013 waren noch 83 Prozent überzeugt, dass Deutschland in der EU großen oder sogar sehr großen Einfluss hat, 2015 77 Prozent, aktuell 68 Prozent. Gegenläufig ist der Anteil der Bürger, die nur von einem begrenzten Einfluss Deutschlands ausgehen, in den letzten drei Jahren von 13 auf 26 Prozent angestiegen. Berücksichtigt man jedoch, dass die große Mehrheit der Bevölkerung registriert hat, dass sich Deutschland mit seiner Flüchtlingspolitik in Europa bisher nicht durchsetzen konnte, ist das Meinungsbild trotzdem bemerkenswert positiv.

Schaubild 27



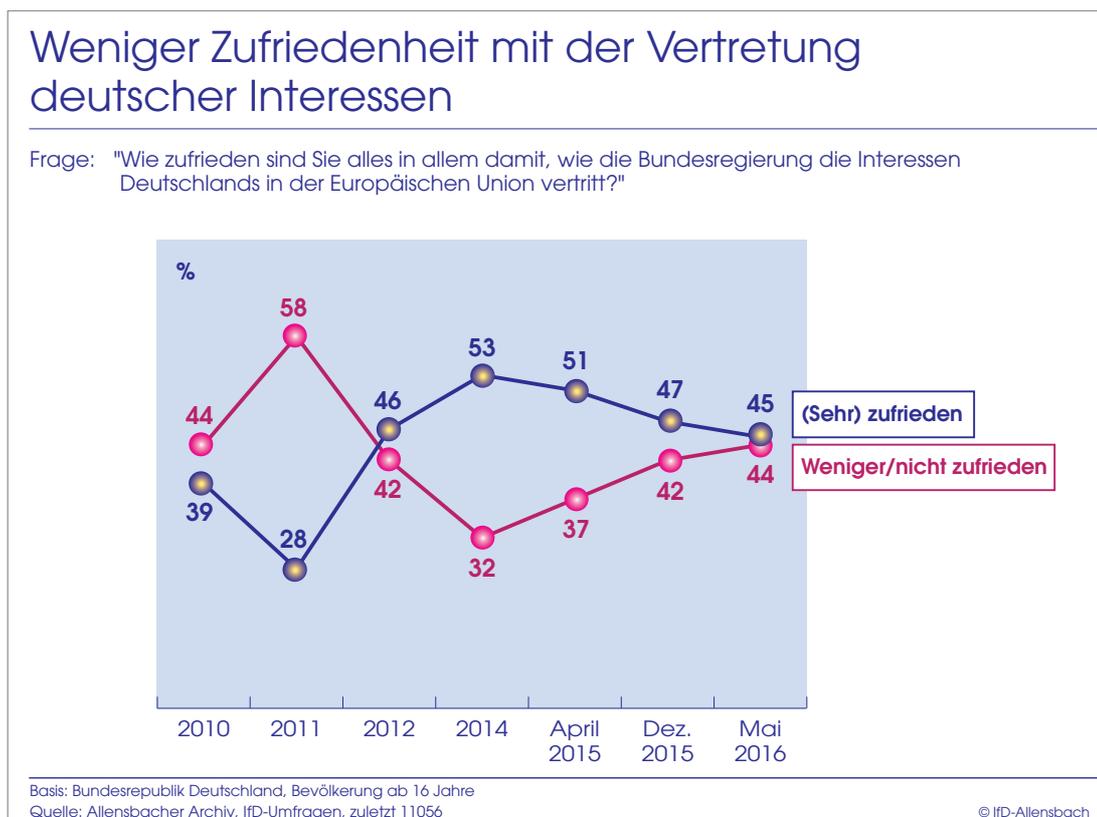
Im Rückblick auf die letzten zwei, drei Jahre sind zwar 22 Prozent der Bürger überzeugt, dass Deutschlands Einfluss in der EU abgenommen hat. 26 Prozent sehen jedoch eher einen weiter wachsenden Einfluss, 39 Prozent gehen von einem unveränderten Einfluss des Landes aus. 2012, als die Bevölkerung noch ganz unter dem Eindruck des Krisenmanagements nach der Eskalation der Griechenland-Krise stand, diagnostizierten 44 Prozent der gesamten Bevölkerung einen wachsenden Einfluss Deutschlands, während nur 10 Prozent davon ausgingen, dass das Gewicht Deutschlands in der EU abgenommen hat. Damals hatte die Bevölkerung jedoch auch weitaus mehr den Eindruck, dass sich Deutschland mit seinen Positionen durchsetzen konnte bzw. dass kein Weg an Deutschland vorbeiführte.

Schaubild 28



Gleichzeitig war 2012 jedoch die Zufriedenheit der Bürger mit der Vertretung deutscher Interessen innerhalb der Europäischen Union nicht signifikant höher als heute. 2011, als die Bevölkerung durch die Eskalation der Griechenland-Krise zutiefst verunsichert war und fürchtete, dass Deutschland zu viele Garantien übernehmen würde, waren nur 28 Prozent mit der Vertretung deutscher Interessen zufrieden. 2012 lag dieser Anteil dann wieder bei 46 Prozent und damit annähernd bei dem heutigen Niveau. Über die letzten zwei Jahre hinweg ist jedoch die Zufriedenheit mit der Vertretung deutscher Interessen langsam, aber kontinuierlich erodiert. 2014 waren 53 Prozent der Bürger mit der Art und Weise, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands innerhalb der Europäischen Union vertritt, zufrieden oder sogar sehr zufrieden, Ende 2015 noch 47 Prozent, aktuell 45 Prozent. Gegenläufig ist die Kritik im selben Zeitraum von 32 auf 44 Prozent angestiegen.

Schaubild 29



Diese Bilanz verschlechtert sich im Allgemeinen, wenn die Bevölkerung verstärkt Interessenkonflikte innerhalb der EU wahrnimmt, wie dies sowohl während der Griechenland-Krise wie jetzt auch im Umgang mit der Flüchtlingswelle der Fall ist. Das Zutrauen in die Durchsetzungsfähigkeit Deutschlands hat jedoch – wie die Einschätzung des Einflusses in der EU zeigt – nur begrenzt gelitten.

Allensbach am Bodensee,
am 22. Juni 2016

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Schulbildung

Einfache Schule = höchstens Volks- oder Hauptschulabschluss

Höhere Schule = mindestens Realschulabschluss (Mittlere Reife, Abschluss der 10-klassigen polytechnischen Oberschule)

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

Deutschland und die Europäische Union

WAS KANN MAN ÜBER DIE EU SAGEN? HIER AUF DEN KARTEN IST VERSCHIEDENES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON TRIFFT IHRER MEINUNG NACH
 AUF DIE EU ZU? LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 31)

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT	
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	SEHE ICH SO	SEHE ICH NICHT SO
Basis	1474	1120	354	710	764	242	318	410	504	832	642	744	350
VIEL BÜROKRATIE.....	82.1	81.3	85.5	84.3	80.0	79.7	80.3	84.6	82.4	85.5	77.9	82.0	85.4
VERSCHWENDET VIEL GELD.....	67.3	67.1	68.0	69.0	65.6	62.9	64.2	66.0	72.7	66.6	68.1	58.4	83.0
GROSSE WIRTSCHAFTSKRAFT....	62.0	63.3	56.2	65.9	58.3	60.0	60.6	65.1	61.4	66.3	56.8	75.4	41.0
GARANT FÜR FRIEDEN IN EUROPA.....	56.7	58.0	50.9	56.1	57.3	45.0	55.9	61.0	59.9	62.3	49.9	73.1	35.0
UNDURCHSCHAUBAR, SCHWER ZU VERSTEHEN	55.9	55.1	59.2	55.4	56.4	59.7	52.2	53.9	57.8	52.1	60.5	44.9	73.0
SCHWERFÄLLIG, UNFLEXIBEL.....	55.5	55.5	55.5	60.3	50.9	47.5	56.7	58.9	56.2	59.0	51.2	48.6	68.7
NOTWENDIGER ZUSAMMENSCHLUSS, UM SICH GEGEN GROSSMÄCHTE WIE USA UND CHINA ZU BEHAUPTEN.....	55.1	57.1	46.2	57.1	53.2	49.8	56.6	59.4	53.5	59.5	49.8	65.4	38.4
GEMEINSCHAFT VON STAATEN, DIE NICHT VIELE GEMEINSAM- KEITEN HABEN.....	54.2	53.6	57.0	53.4	55.0	45.8	55.4	55.4	57.0	54.7	53.6	45.1	72.6
WIRD VON EINIGEN WENIGEN MITGLIEDERN DOMINIERT.....	53.7	53.0	56.6	55.1	52.3	44.3	53.0	57.8	55.7	57.2	49.4	51.5	59.0
SPIELT IN DER WELTPOLITIK EINE GROSSE ROLLE.....	50.5	50.9	48.7	51.4	49.7	45.9	54.0	52.8	48.9	55.8	44.1	62.1	35.5
ZU VIELE MITGLIEDSLÄNDER.....	49.9	49.4	52.1	51.0	48.9	42.5	44.8	54.1	53.6	49.2	50.8	39.0	68.7
TRÄGT DAZU BEI, DASS DAS TYPISCHE, DAS BESONDERE DER EINZELNEN LÄNDER IMMER MEHR VERLOREN GEHT.....	38.4	37.3	43.5	39.1	37.8	32.4	34.1	40.7	42.5	38.3	38.6	26.9	63.0

WAS KANN MAN ÜBER DIE EU SAGEN? HIER AUF DEN KARTEN IST VERSCHIEDENES AUFGESCHRIEBEN. WAS DAVON TRIFFT IHRER MEINUNG NACH
 AUF DIE EU ZU? LEGEN SIE EINFACH DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 31)

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND HAT DURCH SEINE EU-MITGLIEDSCHAFT -			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER NATIVE FÜR D.	MEHR VORTEILE	MEHR NACHTEILE	GLEICHEN SICH AUS	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES	GEMEIN- SAMKEITEN	GEGEN- SÄTZE
Basis	492	315	69	247	124	179	415	329	556	457	859	266	890
VIEL BÜROKRATIE.....	80.5	84.3	83.3	84.8	80.6	84.5	80.2	83.2	85.1	80.3	85.0	76.9	85.2
VERSCHWENDET VIEL GELD.....	61.1	67.5	75.2	64.7	72.3	85.5	52.4	81.4	70.8	55.0	75.1	48.7	75.6
GROSSE WIRTSCHAFTSKRAFT....	68.6	66.0	54.4	60.0	60.4	44.5	84.0	40.1	62.5	78.9	54.3	83.6	55.5
GARANT FÜR FRIEDEN IN EUROPA.....	62.5	65.2	57.0	56.0	52.0	30.3	75.0	35.6	61.1	72.6	49.7	76.0	51.2
UNDURCHSCHAUBAR, SCHWER ZU VERSTEHEN	54.1	50.3	52.4	61.0	55.7	70.3	39.0	67.2	60.2	40.0	64.5	32.6	65.0
SCHWERFÄLLIG, UNFLEXIBEL.....	51.3	54.5	56.4	52.1	59.0	72.0	47.6	67.9	57.6	45.6	62.9	35.3	65.0
NOTWENDIGER ZUSAMMENSCHLUSS, UM SICH GEGEN GROSSMÄCHTE WIE USA UND CHINA ZU BEHAUPTEN.....	59.5	61.7	51.0	53.9	50.7	38.4	67.3	41.1	59.8	62.8	52.5	64.5	53.4
GEMEINSCHAFT VON STAATEN, DIE NICHT VIELE GEMEINSAM- KEITEN HABEN.....	47.1	51.8	81.5	50.7	64.7	70.1	40.5	71.2	55.6	46.6	59.8	25.4	67.9
WIRD VON EINIGEN WENIGEN MITGLIEDERN DOMINIERT.....	48.3	60.0	54.6	50.8	61.5	61.4	51.2	59.8	56.2	50.4	57.4	45.6	59.3
SPIELT IN DER WELTPOLITIK EINE GROSSE ROLLE.....	53.9	55.6	50.3	46.7	52.2	37.9	63.4	38.2	52.5	66.1	43.3	75.9	43.3
ZU VIELE MITGLIEDSLÄNDER.....	46.2	48.3	56.5	44.1	54.4	67.3	38.2	61.5	54.1	37.2	56.7	29.7	57.2
TRÄGT DAZU BEI, DASS DAS TYPISCHE, DAS BESONDERE DER EINZELNEN LÄNDER IMMER MEHR VERLOREN GEHT.....	34.7	37.8	38.7	31.2	40.0	60.8	24.5	57.7	38.0	21.8	49.7	21.8	46.6

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der EU-Mitgliedsländer

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. WIE IST IHR EINDRUCK: BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 35)

GROSSE GEMEINSAMKEITEN/GLEICHE INTERESSEN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT	
	INS-GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER-ESSIERT	NICHT INTER-ESSIERT	SEHE ICH SO	SEHE ICH NICHT SO
Basis	1474	1120	354	710	764	242	318	410	504	832	642	744	350
BEI DER TERRORABWEHR.....	69.8	68.9	73.4	72.4	67.3	70.1	72.0	70.4	67.7	71.5	67.7	72.7	63.9
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	55.0	55.2	53.8	59.0	51.2	48.2	60.3	53.9	56.2	60.7	48.1	63.1	41.5
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	52.7	54.3	45.7	55.4	50.1	52.5	51.1	54.5	52.2	55.1	49.7	60.3	39.1
BEI DER BEDEUTUNG VON MENSCHENRECHTEN	50.0	50.3	48.6	51.0	49.0	52.0	49.0	52.0	47.8	50.1	49.9	55.6	39.8
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	49.8	49.6	50.9	52.2	47.6	50.4	53.2	50.2	47.1	50.9	48.6	57.9	37.2
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..	42.7	41.6	47.6	43.3	42.1	46.8	41.1	45.6	39.0	43.4	41.9	46.9	31.0
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT.....	40.1	40.8	37.3	39.3	40.9	33.0	43.3	45.7	37.4	39.2	41.2	45.7	32.9
BEIM DATENSCHUTZ....	39.5	40.1	37.0	38.2	40.7	41.0	45.5	43.7	31.4	39.5	39.5	44.5	30.8
WENN ES UM MILITÄRISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIONALER KRISEN GEHT.....	37.9	38.0	37.4	41.0	35.0	33.0	40.3	37.7	39.1	40.7	34.4	41.3	33.5
EINSTELLUNG ZUM FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA.....	30.7	31.4	27.7	34.7	27.0	27.4	35.4	31.8	28.7	31.7	29.6	35.9	26.3
BEIM UMWELTSCHUTZ...	29.9	29.1	33.2	28.5	31.1	31.0	29.6	27.9	31.0	28.7	31.3	30.9	25.8
WIE MIT STAATEN UMGEANGEN WERDEN SOLL, DIE ALS STEUERPARADIESE GELTEN.....	29.4	29.5	29.1	30.0	28.8	26.7	30.4	31.2	28.8	29.6	29.2	32.3	29.3

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. WIE IST IHR EINDRUCK: BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 35)

GROSSE GEMEINSAMKEITEN/GLEICHE INTERESSEN:

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND HAT DURCH SEINE EU-MITGLIEDSCHAFT -			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER NATIVE FÜR D.	MEHR VORTEILE	MEHR NACHTEILE	GLEICHEN SICH AUS	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES	GEMEIN- SAMKEITEN	GEGEN- SÄTZE
Basis	492	315	69	247	124	179	415	329	556	457	859	266	890
BEI DER TERRORABWEHR.....	69.2	76.4	66.3	67.5	66.6	64.4	75.3	63.7	71.3	73.5	69.1	81.7	66.6
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	56.7	58.9	61.6	52.9	50.0	49.9	63.1	48.4	55.0	62.0	51.6	72.4	50.6
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	56.4	60.0	45.8	55.2	40.5	38.2	58.4	46.8	54.2	61.1	48.1	68.8	49.2
BEI DER BEDEUTUNG VON MENSCHENRECHTEN	54.6	53.1	44.0	48.4	45.4	35.6	59.9	40.7	49.9	55.9	47.6	69.6	42.2
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	49.6	55.1	53.4	51.2	53.1	40.8	56.6	40.6	53.3	62.9	44.2	69.9	44.9
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..	46.5	47.4	39.8	43.5	37.6	28.6	51.3	35.8	41.3	53.4	37.6	64.1	36.3
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT.....	44.0	40.7	44.3	38.0	39.9	28.8	48.4	34.4	38.1	44.0	38.1	54.3	36.8
BEIM DATENSCHUTZ....	42.2	47.8	30.2	36.9	38.1	23.2	44.9	30.7	41.2	43.0	37.8	49.7	34.9
WENN ES UM MILITÄRISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIONALER KRISEN GEHT.....	37.6	39.6	37.2	37.7	34.7	40.1	40.7	33.4	40.2	39.3	37.9	49.4	35.7
EINSTELLUNG ZUM FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA.....	38.3	36.6	12.4	24.0	23.9	16.7	38.7	24.1	30.4	33.3	30.0	47.4	26.8
BEIM UMWELTSCHUTZ...	30.5	31.6	35.4	29.1	27.2	25.3	29.3	27.2	29.9	31.2	30.1	41.2	26.1
WIE MIT STAATEN UMGEGANGEN WERDEN SOLL, DIE ALS STEUERPARADIESE GELTEN.....	28.4	28.7	37.9	29.7	32.9	27.1	33.1	30.9	27.5	36.2	27.4	38.8	27.7

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. WIE IST IHR EINDRUCK: BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 35)

GROSSE DIFFERENZEN/UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN:

	BEV. AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		EUROPA IST UNSERE ZUKUNFT	
	INS- GESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	SEHE ICH SO	SEHE ICH NICHT SO
Basis	1474	1120	354	710	764	242	318	410	504	832	642	744	350
BEI DER TERRORABWEHR.....	23.0	23.4	21.1	21.9	24.0	19.6	21.2	21.5	27.1	23.4	22.5	20.4	28.8
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	31.5	31.5	31.4	30.5	32.3	33.0	24.9	34.6	32.0	29.5	33.8	26.3	44.5
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	37.8	37.1	40.8	38.3	37.3	37.5	36.0	38.6	38.4	37.9	37.7	31.2	51.7
BEI DER BEDEUTUNG VON MENSCHENRECHTEN	42.6	42.4	43.2	42.6	42.5	38.0	44.2	41.3	45.1	45.1	39.5	37.8	52.9
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	38.8	39.5	35.7	38.7	38.8	32.7	34.7	41.1	42.7	41.4	35.6	33.0	52.8
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..	46.0	46.9	42.2	48.8	43.4	39.7	46.4	46.1	49.0	48.4	43.1	42.5	60.5
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT.....	52.4	51.4	56.6	53.7	51.1	56.7	48.6	48.3	55.8	54.5	49.8	47.7	60.3
BEIM DATENSCHUTZ....	46.8	46.4	48.6	50.1	43.8	45.7	42.2	45.0	51.8	47.7	45.8	41.8	58.0
WENN ES UM MILITÄRISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIONALER KRISEN GEHT.....	51.6	51.4	52.1	51.1	52.0	54.4	47.8	52.1	51.9	51.7	51.4	48.3	59.0
EINSTELLUNG ZUM FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA.....	52.1	52.1	52.4	52.9	51.4	52.3	49.9	52.8	52.9	55.5	48.1	48.2	60.3
BEIM UMWELTSCHUTZ...	62.0	63.2	56.6	63.8	60.3	61.1	62.4	63.7	60.7	65.3	58.0	61.8	66.3
WIE MIT STAATEN UMGEGANGEN WERDEN SOLL, DIE ALS STEUERPARADIESE GELTEN.....	55.1	55.6	52.9	57.2	53.1	54.6	52.0	55.0	57.4	58.3	51.3	53.8	59.3

HIER AUF DEN KARTEN SIND EINMAL EINIGE BEREICHE UND THEMEN AUFGESCHRIEBEN. WIE IST IHR EINDRUCK: BEI WELCHEN DAVON HABEN DIE MEISTEN LÄNDER DER EUROPÄISCHEN UNION GROSSE GEMEINSAMKEITEN BZW. DIE GLEICHEN INTERESSEN, UND BEI WELCHEN HABEN SIE GROSSE DIFFERENZEN, SIND UNTERSCHIEDLICHER MEINUNG? BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN ENTSPRECHEND AUF DAS BLATT HIER. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE)
 (FRAGE 35)

GROSSE DIFFERENZEN/UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN:

	ANHÄNGER DER -						DEUTSCHLAND HAT DURCH SEINE EU-MITGLIEDSCHAFT -			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG		IN EU ÜBERWIEGEN	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER NATIVE FÜR D.	MEHR VORTEILE	MEHR NACHTEILE	GLEICHEN SICH AUS	GROSS GROSS/ KEINES	WENIGER GROSS/ KEINES	GEMEIN- SAMKEITEN	GEGEN- SÄTZE
Basis	492	315	69	247	124	179	415	329	556	457	859	266	890
BEI DER TERRORABWEHR.....	24.0	19.1	27.9	19.4	27.6	27.5	20.8	29.9	20.7	21.3	24.5	14.4	26.9
IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK	31.6	27.6	31.0	29.4	37.4	36.4	25.7	40.2	32.6	26.5	35.7	17.7	39.0
VERHÄLTNIS ZU DEN USA.....	34.7	33.2	43.8	33.5	49.9	49.4	32.0	45.5	37.2	30.5	44.3	25.2	42.8
BEI DER BEDEUTUNG VON MENSCHENRECHTEN	38.5	41.8	47.4	41.3	48.4	54.7	36.1	53.1	43.2	37.4	46.4	25.9	51.1
IN DER WÄHRUNGSPOLITIK.....	41.3	36.0	35.6	32.1	34.9	46.4	33.5	50.6	37.4	26.8	46.1	22.3	45.2
IN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..	41.2	42.8	50.0	42.0	55.7	61.7	39.1	54.5	47.8	36.0	52.6	27.5	53.8
WENN ES UM MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT GEHT.....	47.6	53.2	52.4	55.7	55.5	61.1	45.6	60.5	53.8	48.1	55.8	40.2	57.2
BEIM DATENSCHUTZ....	41.9	39.8	60.1	52.1	52.1	61.8	41.7	57.4	44.9	42.9	49.4	35.9	53.1
WENN ES UM MILITÄRISCHE EINSÄTZE ZUR LÖSUNG INTERNATIONALER KRISEN GEHT.....	53.0	50.9	52.7	47.8	56.5	47.5	51.7	57.7	49.5	51.5	53.3	44.0	55.9
EINSTELLUNG ZUM FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN DER EU UND DEN USA.....	46.3	48.0	67.1	55.5	56.3	67.0	47.0	58.9	53.7	49.0	55.4	39.5	57.7
BEIM UMWELTSCHUTZ...	60.9	61.6	55.0	63.9	66.9	62.5	65.3	64.6	62.0	61.5	62.7	51.2	66.4
WIE MIT STAATEN UMGEGANGEN WERDEN SOLL, DIE ALS STEUERPARADIESE GELTEN.....	56.4	58.1	49.3	54.9	52.6	55.2	53.1	56.3	57.4	49.4	58.3	47.8	59.8

Europäische Flüchtlingspolitik

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	573	180	753	Personen
B	547	174	721	Personen
Insgesamt	1120	354	1474	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 442 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 28. April bis 12. Mai 2016 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.056

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.056 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Mai 2016			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A	B	
	%	%	%	%
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	14	14	14	14
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	33	33	33	33
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2014

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.056 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Mai 2016			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	60	61	61
Nichterwerbspersonen	39	40	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	13	12	14	13
Angestellte	38	39	37	38
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	6	7	7
Nichterwerbspersonen	39	40	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	52
- Männer	26	26	27	26
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	17	17	16	17
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	13	13	13	14
- 5 und mehr Personen	6	6	6	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2014

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11056
Mai 2016

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1.	"Zur Europäischen Union:		
T	Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?"	MEHR VORTEILE	1
		MEHR NACHTEILE	2
		GLEICHEN SICH AUS	3
		WEISS NICHT	4
2.	"Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."	"sehr zufrieden"	1
T		"zufrieden"	2
		"weniger zufrieden"	3
		"gar nicht zufrieden"	4
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	5
3. a)	"Wie sehen Sie das:	"sehr groß"	1
T	Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..."	"groß"	2
		"weniger groß"	3
		"gar nicht groß"	4
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	5
b)	"Und hat der Einfluss Deutschlands in der EU in den letzten zwei, drei Jahren zugenommen oder abgenommen, oder ist er gleich geblieben?"	ZUGENOMMEN	1
		ABGENOMMEN	2
		GLEICH GEBLIEBEN	3
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	4
4.	"Wenn jemand sagt: 'Europa ist unsere Zukunft'.	JA, DAS STIMMT	1
T	Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"	MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG	2
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3
5.	"Wie sehr sind Sie für oder gegen die europäische Vereinigung? Würden Sie sagen ..."	"sehr dafür"	1
T		"im Großen und Ganzen dafür"	2
		"mir ziemlich egal"	3
		"im Großen und Ganzen dagegen"	4
		"sehr dagegen"	5
		WEISS NICHT, KEINE ANTWORT	6
6.	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen ..."	"sehr großes Vertrauen"	1
T		"großes Vertrauen"	2
		"nicht so großes Vertrauen"	3
		"kaum, gar kein Vertrauen"	4
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	5
7.	"Und wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Haben Sie ..."	"großes Vertrauen"	1
T		"weniger Vertrauen"	2
		"kaum, gar kein Vertrauen"	3
		UNENTSCHEIDEN	4
8.	"Glauben Sie, dass wir den schlimmsten Teil der Krise der Euro-Zone bereits hinter uns haben, oder glauben Sie, dass das Schlimmste noch kommt?"	BEREITS HINTER UNS	1
T		DAS SCHLIMMSTE KOMMT NOCH	2
		UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE	3

9.	"Einmal ganz allgemein gefragt: T Was wäre Ihrer Meinung nach für die Zukunft, für die weitere Entwicklung Deutschlands besser: Wenn Deutschland Mitglied der Europäischen Union bleibt, oder wenn Deutschland die Europäische Union verlässt?"	MITGLIED BLEIBEN 1 EU VERLASSEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----	--	--

Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:

10.	"Noch einmal zu Europa: Wie ist Ihr Eindruck: T Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen der Zusammenhalt ist..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "kaum bzw. gar nicht vorhanden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
-----	--	--

11.	INTERVIEWER überreicht blaues Kartenspiel ! T "Was kann man über die EU sagen? Hier auf den Karten ist Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf die EU zu? Legen Sie einfach die entsprechenden Karten heraus." (Alles Genannte einkreisen!)	
	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 /	
		KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

12.	INTERVIEWER überreicht rosa Bildblatt 1 ! T "Es gibt ja immer mal wieder die Forderung, dass sich einige EU-Mitgliedsländer zu einem sogenannten 'Kerneuropa' zusammenschließen, dass diese Länder also in bestimmten Politikbereichen enger zusammenarbeiten als die übrigen EU-Staaten. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?"	DER OBERE 1 DER UNTERE 2 UNENTSCHIEDEN 3
-----	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

12.	T "Welchen Weg soll Europa gehen: Ist es <u>wichtiger</u> , die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer zu vertiefen, also die politische Zusammenarbeit zu verstärken, oder ist es <u>wichtiger</u> , die EU zu erweitern?"	ZUSAMMENARBEIT ZU VERTIEFEN.... 1 EU ZU ERWEITERN 2 UNENTSCHIEDEN 3
-----	---	---

13.	T "Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das europäisch - also für alle Länder gleich - regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder für sich allein regeln sollten.	
a)	T "Zunächst: Welche Abschlüsse an Schulen und Universitäten vergeben werden, sollte das europäisch geregelt werden oder nicht?"	EUROPÄISCH REGELN 1 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 2 UNENTSCHIEDEN 3
b)	T "Und bei den Arbeitsschutzbestimmungen, wie Arbeitszeiten, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ähnliches?"	EUROPÄISCH REGELN 4 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 5 UNENTSCHIEDEN 6
c)	T "Und wenn es darum geht, wer Anspruch auf Sozialleistungen hat und wie viel man bekommt? Sollte man das europäisch regeln, oder die einzelnen Länder für sich allein?"	EUROPÄISCH REGELN 7 NICHT EUROPÄISCH, EINZELNE LÄNDER FÜR SICH..... 8 UNENTSCHIEDEN 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

18. T	"In der Europäischen Union haben die verschiedenen Mitgliedsländer ja ganz unterschiedliche Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik. Einige Länder nehmen viele Flüchtlinge auf, andere Länder versuchen nur wenige bzw. überhaupt keine Flüchtlinge ins Land zu lassen. Haben Sie persönlich Verständnis für die Länder, die nur wenige bzw. überhaupt keine Flüchtlinge in ihr Land lassen, oder haben Sie dafür kein Verständnis?"	HABE VERSTÄNDNIS 1 KEIN VERSTÄNDNIS 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
----------	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

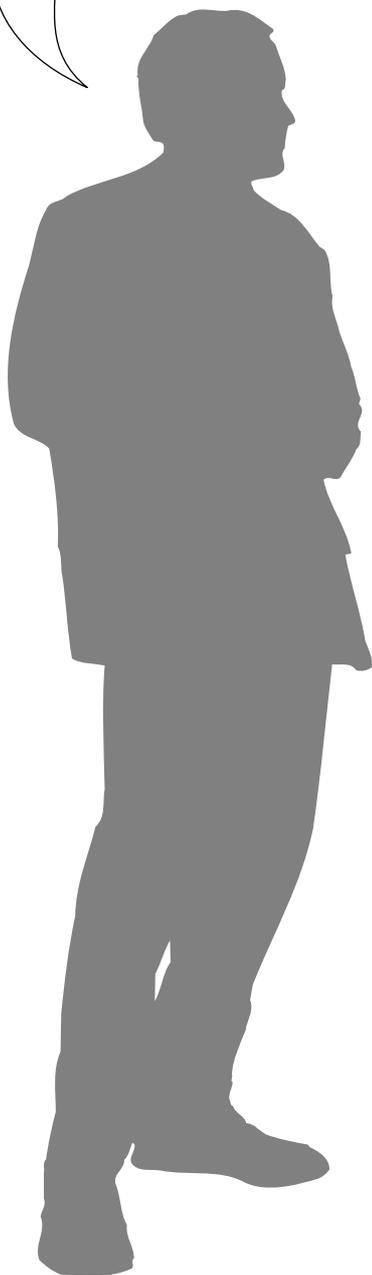
18. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?"	BEMÜHEN SICH 1 BEMÜHEN SICH NICHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
19. T	"Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen, Sanktionen geben, z.B. durch Kürzungen der Zuschüsse, oder sollte es keine Sanktionen geben?"	SANKTIONEN GEBEN 1 SOLLTE KEINE SANKTIONEN GEBEN. 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
20. T	"Was glauben Sie: Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen, oder ist das nicht möglich?"	MÖGLICH 1 NICHT MÖGLICH 2 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 3

BILDBLATT 1

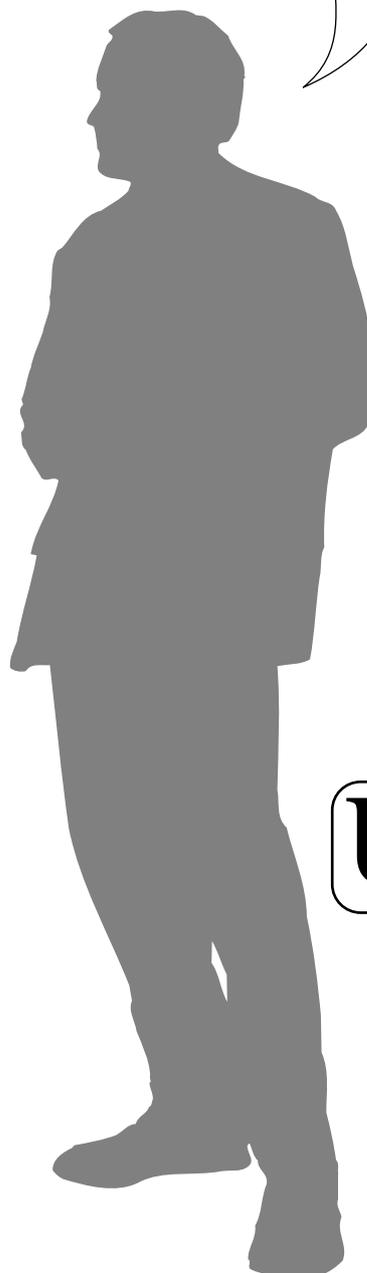
"Ich bin für ein Kerneuropa. Die Europäische Union hat mittlerweile so viele Mitglieder, dass eine gemeinsame europäische Politik kaum mehr möglich ist. Damit Europa handlungsfähig bleibt, sollten sich einzelne Staaten zu einem Kerneuropa zusammenschließen, um in einigen Politikbereichen enger zusammenzuarbeiten als die übrigen EU-Staaten."

"Das sehe ich anders. Ein geeinigtes Europa kann nur funktionieren, wenn alle Mitgliedsstaaten versuchen, sich auf eine gemeinsame Politik zu einigen. Ein Kerneuropa würde nur zur Bildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der EU führen."

O



U



BILDBLATT 1 entfällt !

BILDBLATT 2

Dabei haben die meisten Länder der Europäischen Union -

**GROSSE GEMEINSAMKEITEN,
GLEICHE INTERESSEN:**

**GROSSE DIFFERENZEN,
UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN:**

Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer hatten den Befragten die Karten willkürlich geordnet in die Hand zu geben.

1

Gemeinschaft von Staaten,
die nicht viele Gemeinsam-
keiten haben

2

Bringt viele Vorteile für die
Bürger bzw. Verbraucher

1

2

3

Hohe Lebensqualität

4

Garant für Frieden in Europa

3

4

5

Zu viele Mitgliedsländer

6

Große Wirtschaftskraft

5

6

7

Schwerfällig, unflexibel

8

Notwendiger Zusammen-
schluss, um sich gegen
Großmächte wie USA und
China zu behaupten

7

8

6

Viel Bürokratie

9

01

Wird von einigen wenigen Mitgliedern dominiert

10

11

Verschwendet viel Geld

11

12

Risiko für den Wohlstand in Deutschland

12

13

Spielt in der Weltpolitik eine große Rolle

13

14

Weltoffenheit, Toleranz

14

15

Trägt dazu bei, dass das Typische, das Besondere der einzelnen Länder immer mehr verloren geht

15

16

Undurchschaubar, schwer zu verstehen

16

1

Beim Datenschutz

2

Einstellung zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA

1

2

3

Verhältnis zu Russland

4

Verhältnis zur Türkei

3

4

5

Verhältnis zu den USA

6

Wenn es um militärische Einsätze zur Lösung internationaler Krisen geht

5

6.

7

Wie die Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollen

8

Wie mit Staaten umgegangen werden soll, die als Steuerparadiese gelten

7

8

6

Ob die Europäische Union weitere Mitglieder aufnehmen soll, erweitert werden soll

9.

01

Bei der Bedeutung von Menschenrechten

10

11

In der Wirtschaftspolitik

11

12

Wie mit verschuldeten Staaten wie z.B. Griechenland umgegangen werden soll

12

13

In der Währungspolitik

13

14

In der Verteidigungspolitik

14

15

Beim Umweltschutz

15

16

In der Energiepolitik

16

17

Wenn es um Meinungs-
und Pressefreiheit geht

17

18

Bei der Terrorabwehr

18

19

Bei der sozialen Absiche-
rung, dem sozialen Netz

19

20

Beim Umgang mit Korruption

20